

STADTSENATSMITGLIEDER

Stadtrat Detlev EISEL - EISELSBERG

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen und Kolleginnen des Stadtsenates, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie!

Ich möchte zunächst all jenen danken, die eigentlich dazu beigetragen haben, dass wir heute hier nicht nur ein, sondern zwei Budgets beschließen können, die im Vorfeld sich mit ihrem Know-how mit ihrem Wissen eingebracht haben, mit ihrer Arbeitskraft, mit viel, viel Zeit. Da ist zunächst der Kollege Rüschi mit seinem Team, die Finanzdirektion mit Dr. Kamper, Michi Kicker zu nennen, sie wurden heute schon mehrfach beklatscht und bedankt. Auch den Kolleginnen und Kollegen und deren Klubobmännern der Stabilitätspartners sei an dieser Stelle gedankt für konstruktive und inhaltvolle Auseinandersetzungen. Aber ich muss natürlich und ich möchte natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts sehr, sehr herzlich danken. An erster Stelle der Budgetreferentin des Jugendamtes, Frau Franziska Feichtinger, die ja hier ist mit ihrer Mitarbeiterin Karin Breier. Es war eine große Herausforderung durch die Herauslösung des Kindesbildungs- und Betreuungsbereiches einerseits damit die Budgets, wie man so sagt, auseinanderzuklauben, aber auch natürlich zu schauen, wie das in der Zukunft neu aufgestellt werden kann. Ich danke Herrn Dr. Just und seinem Team vom Stadtschulamt für die Mitarbeit und das Einbringen seines Wissens. Es ist sehr angenehm, mit Frau Köksal vom Integrationsreferat in diese Richtung zu arbeiten, ich habe die besten Erfahrungen gemacht mit Dr. Grabensberger, Frau Mag. Schipfer vom Kulturamt, wenn es um die Bibliotheken geht und zu guter Letzt bereits schon seit vielen, vielen Jahren die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Sportamt der Stadt Graz, mit Herrn Mag. Peinhaupt und seinem Team. Sie alle haben dazu beigetragen, dass wir heute hier stehen und ich habe nachgerechnet, es ist bereits

das 16. beziehungsweise 17. Budget, das ich in dieser Stadt hier miterlebe, zuvor als Mitarbeiter, jetzt als politischer Referent. Ebenso viele Reden zu den einzelnen Budgets mitverfolgt und so im Großen und Ganzen ist das Muster ja vergleichbar, wenn nicht sogar sehr, sehr ähnlich in all diesen Jahren. Da gibt es die eine Seite, die nach mühevoller Arbeit mit großem Engagement ein erstelltes Budget präsentiert, das verteidigt, das rechtfertigt und die guten Seiten, die, wie ich glaube, ja durchaus darin enthalten sind, auch argumentiert und verteidigt und da gibt es die andere Seite, die wechselnd ist in all diesen Jahren, muss man sagen, die das kritisiert. Wobei die inhaltliche Kritik wiederum durchaus vergleichbar ist.

Frau Kollegin Klubobfrau Bergmann zeichnet ein sehr düsteres Bild. Ich glaube, du hast das sogar wörtlich gesagt, du hast ein düsteres Bild von der Zukunft, wo Gebühren und Abgaben erhöht werden, wo Leistungen zurückgenommen werden, gute Nacht, Graz, habe ich so für mich mitgenommen. Klubobmann Wohlfahrt nennt wichtige Aufgaben. Straßenbahnausbau, Fernwärme, Grünflächensicherung, Kindergarten, Schulen, Sport. Du regst dich darüber auf, das ist nicht alles festgeschrieben, wo finde ich das im Budget diese wichtigen Aufgaben. Ich habe aber in deiner Rede auch keinen Vorschlag gehört, wie dein Finanzierungsvorschlag aussieht zu all diesen wichtigen Projekten, und wenn du sagst, Sparen im Sinne von Visionskürzung ist kein Programm, da hast du sicher Recht.

Die vorliegenden Budgets, meine Damen und Herren, denen kann man diese Visionskürzung keinesfalls unterstellen, davon zu sprechen, wäre unzulässig. Aber ich sage auch ganz klar, was wir sicher nicht brauchen, lieber Kollege Wohlfahrt, ist ein Programm, das vor Visionen vielleicht so strotzt und alles beinhaltet, viele Begehrlichkeiten und Hoffnungen weckt, aber keine Vorschläge beinhaltet, wie wir das alles finanzieren sollen, ich denke, das wäre tatsächlich unzulässig und ich muss sagen, wenn dein Finanzierungsvorschlag, ich habe auch keinen anderen gehört, lautet: Wir machen einfach Schulden auf Teufel komm raus und wir werden das alles machen, was wir brauchen, dann wäre das eine Vorgangsweise, der ich nicht

zustimmen könnte und auch die Kollegen des Stabilitätspakts auch nicht zustimmen könnten (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind ja tatsächlich gewaltig. Allein die Anmeldungen, die die Finanzdirektion für die AOG für das heurige Jahr, für das kommende Jahr zusammengetragen hat von den einzelnen Abteilungen, überschreitet schon diese ominöse 100-Millionen-Marke. Da könnte man sagen, da brauchen wir ja gar nicht reden, das ist eh sowieso alles sinnlos, wie soll das überhaupt gehen. Das haben wir nicht gemacht, wir haben uns hingesezt und haben eingehend darüber diskutiert, was könnte die Vorgangsweise sein. Einerseits diese Finanzierungssicherheit für die Stadt Graz sicherzustellen, für die alltäglichen Aufgaben und Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, aber auch zugleich ein Zeichen setzen und Möglichkeiten eröffnen für wichtige Investitionen in den kommenden Jahren. Es ist nun mal so, wenn wir diesen Schuldenweg weiter beschreiten wollen und nicht auf Teufel komm raus Schulden machen wollen, dann ist das das Budget, das uns zur Verfügung steht. Und wenn ich allein, und ich habe Ihnen ja eine Unterlage übermittelt, die mein Ressort betrifft, mit Schwerpunkten für das kommende Jahr und zum Teil natürlich darüber hinaus, sage ich Stichwort Schule, Stichwort Sport, allein diese Projekte über die nächsten fünf bis zehn Jahre gerechnet für Sport und Schule würden 200 Millionen ausmachen. Kann ich deswegen verzweifelt sein? Kann ich verdrossen sein, weil das nicht zu schaffen ist? Müsste ich nicht als Referent sagen, da werfe ich das Handtuch, da sehe ich kein Licht am Ende des Tunnels? Vielleicht wäre es legitim, das zu tun, das wäre aber nicht meines, grundsätzlich nicht und auch in diesem Fall nicht. Und wissen Sie, wenn ich gestern bei einem Streetball-Turnier im Sacré Coeur war, das übrigens zum 16. Mal stattgefunden hat mit bisher jetzt schon 8000 Teilnehmern, gestern waren wieder 140 Mannschaften dabei, dann eine Marathonsiegerehrung mit den jungen Sportlerinnen und Sportlern absolviert habe, wo Sieger und Verlierer eine Urkunde bekommen haben, sportliche Verlierer und Sieger und wo alle Kinder und Jugendlichen, das war so von zehn aufwärts, einfach mit strahlendem Gesicht ihre Urkunde für ihre Leistung entgegennehmen, wo du einfach das Gefühl hast, es lohnt

sich einfach, für diese jungen Menschen in dieser Stadt sich einzusetzen, zu kämpfen, sich zu bemühen mit den bescheidenen und doch nicht so bescheidenen Möglichkeiten, die uns gegeben sind, etwas Positives zu verändern. Dann weiß ich, dass man nicht aufgeben kann und nicht verdrossen sein kann, sondern dass man kämpfen muss. Dass man Hände nicht in den Schoß legt, einfach sagt, es geht nicht, würde gerne vieles machen, Pech, wir haben es nicht, sondern dass man sich einsetzt, dass man kämpft dafür, dass man überzeugt und umsetzt. Und wenn jetzt nicht auf Punkt und Beistrich in der AOG der kommenden beiden Jahre oder des heurigen und kommenden Jahres alles festgeschrieben ist, dann erkenne ich darin auch einen zutiefst demokratischen Akt, Sie sehen das natürlich anders, als visionslos, ist es nicht, wir werden, und so haben wir es vereinbart, all diese Projekte, die uns in unseren Ressorts wichtig sind, zur Entscheidungsreife ausarbeiten, Ihnen präsentieren in den Ausschüssen und im Gemeinderat und dann darüber befinden. Ich denke, auch eine Oppositionspartei oder Oppositionsparteien hatten in der Vergangenheit kaum solche Möglichkeiten, auch an AOG-Gestaltungen der Zukunft mitzuwirken. Vielleicht sehen Sie es auch einmal so (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Wir alle kennen die Redewendung und heute hat es auch Kollegin Haas-Wippel gesagt, Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft oder sind die Zukunft. Und ich weiß, dass das jeder, der es sagt, ausdrücklich positiv meint und nichts Negatives mitschwingt. Aber ich habe mir das zweimal durchgedacht und eigentlich habe ich erkannt, dass diese Redewendung, Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft, eigentlich zutiefst egoistisch ist. Wovon reden wir da eigentlich? Von unserer Altersvorsorge? Vom Generationenvertrag? Reden wir davon, dass die Kinder und Jugendlichen dann in der Zukunft unseren Wohlstand sichern? Vielleicht reden wir davon, aber ich meine, ich halte mich da auch lieber an Hermann Gmeiner, der sinngemäß gesagt hat, Kinder und Jugendliche sind nicht die Zukunft, Kinder und Jugendliche sind das Heute, sie sind das Hier und Jetzt. Und wenn wir uns das vor Augen halten und unsere Bemühungen darauf ausrichten, das Heute, das Hier und das Jetzt von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und nicht unsere

Zukunftsvorsorge im Vordergrund zu sehen, und ich betone es noch einmal, ich unterstelle jedem, der das so sagt, dass er das nicht tut, und wenn wir uns ernsthaft darum bemühen, vergleichbare Start- und damit auch Lebenschancen für alle Grazer Kinder und Jugendlichen schaffen zu wollen, ergeben sich viele Prioritäten, viele Priorisierungen von selbst, so meine ich. Und wenn wir und wenn Sie eigentlich schon im Vorfeld jetzt dieser Sitzung beschlossen haben, dass wir ab 1. Juni eine Abteilung für Bildung und Integration ins Leben rufen werden, die auch vor Ort ist in der Keesgasse, dann ist da aus meiner Sicht hier in diesem Zusammenhang ein guter und wichtiger Schritt bereits gemacht (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Wir wissen natürlich, geschätzte Damen und Herren, dass gerade viele Aspekte der Bundespolitik von Landes- und Bundesebenen entschieden werden und vorgegeben werden. Aber die Umsetzung von Bildungspolitik erfolgt doch zum größten Teil auf kommunaler Ebene und diesem Bereich wollen wir uns einfach verstärkt widmen. Es geht einfach, dass wir über die ominöse Hausmeisterrolle hinauskommen als Schulerhalter, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, wo kann die Stadt mit ihren Möglichkeiten sowohl in personeller Hinsicht, aber auch finanzieller Hinsicht den bestmöglichen Beitrag leisten, damit Bildung und Ausbildung in unserer Stadt noch besser gelingen kann und zwar für alle. Ich denke mir und bin zutiefst davon überzeugt, dass gerade Bildung die wichtigste Antwort auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist. Darum werde ich mich in diesem Bereich mit 150 % einsetzen. Ich bin sehr, sehr dankbar all jenen Expertinnen und Experten des Landes und des Bundes, die wir eingeladen haben, an so einer kommunalen Bildungsstrategie, einem kommunalen Bildungsplan mitzuwirken. In neun verschiedenen Einheiten versuchen wir praktisch von Null bis zumindest einmal dem 15. Lebensjahr mit natürlich möglichen offenen Weichenstellungen darüber hinaus einmal zu durchleuchten, wo können wir als Stadt etwas tun. Diese Expertinnen und Experten bringen sich ehrenamtlich ein, weil ihnen das insgesamt einfach auch ein großes und wichtiges Anliegen ist, Startchancen und Lebenschancen für alle Grazer Kinder zu verbessern.

Und ich muss einfach, weil ich mehrfach darauf angesprochen wurde, auf das Thema Integration eingehen. Zum einen sage ich, wenn der Grazer Gemeinderat die Einrichtungen einer Abteilung für Bildung und Integration beschließt, so ist das ein politisches Statement. Dass diese Bereiche zusammengehören und sich einander bedingen, und ich nehme mir nur heraus und darum sind verschiedene Subventionsposten jetzt auf null gestellt, zusammengefasst unter Diverses, ich nehme mir einfach heraus, auch zu hinterfragen, machen wir das Richtige, was wir in den letzten Jahren machen und machen wir, wenn wir das Richtige schon machen, diese Sachen richtig? Es geht um nicht wenig Geld, wir investieren seit vielen Jahren sehr viel im Bereich der Integration in Bildungsaktivitäten und darüber hinaus. Aber ich denke, es ist mir als neuem Referenten für diesen Bereich, aber auch Ihnen, nicht unwichtig, ob wir mit dem Steuergeld der Grazerinnen und Grazer einerseits das Richtige machen, aber vor allem machen wir das Richtige für jene, für die diese Projekte da sind und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin mir nicht ganz sicher und darum werde ich mich sehr, sehr gut und intensiv austauschen mit den einzelnen Trägern dieser Vereine. Wenn ich nach wie vor trotz einigen Jahren intensiven Bemühungen in den Kindergärten, was spielerisch Deutschlernen anbelangt, was Integrationsassistenz anbelangt, noch immer nicht das Gefühl habe, dass das ausreichend ist, dann muss ich fragen, was müssen wir anders machen oder müssen wir es nur intensiver machen? Wenn ich mit einem Direktor, einem sehr engagierten Direktor einer Neuen Mittelschule in Graz, vor wenigen Tagen rede und er sagt, wissen Sie, es ist schon schwierig, ich habe jetzt einen Test gemacht zum Schulanfang, gerade 30 % der Kinder, die von der Volksschule zu mir kommen, können lesen, rechnen, schreiben, da muss ich einfach fragen, machen wir das Richtige als Stadt mit dem vielen und vielleicht viel zu wenigem Geld, aber wir müssen einfach darüber nachdenken (*ÖVP, FPÖ und SPÖ*), weil wir Kindern, und ich möchte es und ich weiß, Sie wollen es alle auch, weil wir Kindern in dieser Stadt gute Startchancen und Lebenschancen geben wollen, müssen wir auch immer kritisch hinterfragen, ob wir das Richtige tun. Und es braucht bei mir niemand eine Sorge haben, dass ich gerade

in diesem Bereich Leistungen zurücknehme um des Sparens willen, mir geht es darum, dass wir das Richtige tun.

Indira Gandhi hat gesagt: Talk less work more, sinngemäß: reden wir ein bisschen weniger, tun wir ein bisschen mehr. In dem Sinne freue ich mich, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates und des Stadtsenates, auf eine kritische und konstruktive Begleitung in den kommenden Jahren und bin sehr, sehr zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit diesem positiven Geist sehr viel Gutes für unsere Stadt und für unsere großen und kleinen GrazerInnen zustandebringen werden. Danke (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Stadtrat Mag. (FH) Mario E U S T A C C H I O

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtregierung, meine Damen und Herren aus dem Gemeinderat, vor allem aber sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne, vor allem die Jugend, die heute einmal einen Einblick bekommt in die demokratischen Strukturen, und es ist ja auch gut, wenn man hier sieht, dass es hier unterschiedliche Zugänge gibt, unterschiedliche Ideen und halt auch das eine oder andere schärfere Wort hier vorfindet und hört. Es ist halt einmal so, wir sind hier unterschiedlicher Meinung und das tragen wir hier aus auf demokratische Art und Weise. Es wird dann über die Dinge abgestimmt und die Mehrheit entscheidet und das ist gut so, weil deswegen haben wir die Demokratie, und Gott sei Dank entscheidet hier noch immer die Mehrheit, wie eben auch hier in Graz die nächsten fünf Jahre, was die Finanzen anbelangt, fortgesetzt wird (*Applaus FPÖ*). Das jetzt Kommunisten und Grüne natürlich nicht so eine große Freude damit haben, ist klar. Sie haben sich entzogen auch dem Prozess, hier gestalterisch mit dabei zu sein, sie werden ihre Gründe haben, warum sie das so getan haben, aber nehmen Sie halt zur Kenntnis, dass die Demokratie halt sagt, die Mehrheit entscheidet jetzt einmal. Das heißt ja nicht, dass gute Ideen, die Sie einbringen werden, und wir haben das ja auch in den letzten fünf Jahren so gehabt, wird auch angenommen werden. Das werden ja die nächsten fünf Jahre zeigen. Heute ist es einmal so, dass es einen Budgetentwurf gibt und der wird, so wie ich das annehme, heute mit der Mehrheit von Schwarz, Rot und Blau auch abgestimmt werden. Sie haben Ihre Kritik, aber jetzt muss ich eines sagen, man wundert sich dann schon oft, wenn man die Beleidigung sieht, vor allem der Grünen, in dem Sinn, dass man sagt, man kommt halt nicht mehr so vor, man wird halt nicht mehr so wahrgenommen, das ist halt auch einmal das. In den letzten fünf Jahren haben Sie halt das Spielkapital gehabt, ich sage bewusst Spielkapital, sich ins Szene zu setzen, das ist jetzt nicht mehr da oder nicht mehr in der Form da, es tut weh, das verstehe ich schon, aber man soll halt ein bisschen über seine Beleidigung hinausschauen und sich dann trotzdem

wieder kreativ einbringen und konstruktiv, das wäre die Aufforderung an alle (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Jetzt aber zurück auf die Bühne der Verantwortlichkeit für meine Ressorts. Ich freue mich natürlich, dass ich auch einen Gestaltungsspielraum habe, wo ich mich einbringen kann, nicht für mich, nicht um mein Ego zu befriedigen, sondern mit dem Willen und dem Wunsch, für die Stadt Graz und ihre Bevölkerung etwas zu tun und positive Akzente zu setzen. Es ist heute viel natürlich über das Budget gesprochen worden logischerweise, ich versuche dem noch Aspekte hinzuzufügen, um nicht Wiederholungen zu tätigen. Sinkender Zuschussbedarf ist gesagt worden, die Eckwertbudgets werden reduziert, trotzdem erhalten wir die Qualität des Angebotes, und das, glaube ich, steht im Vordergrund und das ist das Wichtige. Das heißt nicht, nur weil wir weniger Geld zur Verfügung stellen, dass die Qualität darunter leidet, ich glaube, das ist eine wichtige Botschaft, dass man sagt, nicht alles, was wir uns überlegen und nicht alles, was wir an Ideen, Neues erdenken, muss deswegen auch gleich viel Geld kosten, das wäre auch einmal in Ihre Richtung anzudenken, weil von Ihnen höre ich eigentlich immer nur Geldforderungen, das betrifft Kommunisten und das betrifft Grüne. Bitte auch Ideen einmal einbringen, das heißt, es wäre eine gute Idee und das kostet nicht die Welt und das fehlt mir von Ihnen (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Die Kosten: Mein Gesamtressort, ich gehe dann auf die einzelnen Bereiche noch ein, wird im Jahr 2013 32,8 Millionen und 2014 27,2 Millionen umfassen. Es ist dabei die Geriatrischen Gesundheitszentren, die Ordnungswache, das Straßenamt, Verkehrsplanung, Baudirektion, Holding Services, BürgerInnenamt, Gesundheitsamt hinsichtlich Lebensmittelkontrolle, Veterinäramt und Bau- und Anlagenbehörde, zumindest zu einem Teil, nämlich im übertragenen Wirkungsbereich. Diese Eckwertbudgets, die wir beschließen, sichern die Leistungen der Behörden, sichern dieses tägliche In-Anspruch-Nehmen von Leistungen der Stadt Graz und ich wiederhole es immer wieder gerne, Leistungen, die wir alle und vor allem auch die Bürger als sehr selbstverständlich annehmen, weil es eben da ist. Was da hier an Arbeit dahintersteckt, an Ideengebungen, an Hirnschmalz, auf gut steirisch, kann man

sich gar nicht ausmalen und deswegen betone ich das hier und versuche das immer wieder in den Vordergrund zu stellen. Diese Damen und Herren leisten Gewaltiges, damit Graz so funktioniert, wie es funktioniert, dafür ein herzliches Dankeschön (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Sperrig BürgerInnenamt, aber ich möchte ein paar Punkte herausstreichen, damit Sie sehen, wo die Schwerpunkte gesetzt werden. Eine neue Marktordnung ist in der Ausarbeitung, es regelt die Marktsysteme, da ist vieles im Argen, letztthin, damit wir ein emotionales Thema haben, ein Verkauf von Hundewelpen als Katastrophe, diese Dinge werden neu geordnet und auf gescheite Bahnen gestellt. Die Implementierung 2013 des österreichweiten Personenstands- und Staatsbürgerschaftsregisters, damit die Verwaltung hier optimiert werden kann. Scan von 800.000 alten Meldekarten, die sie von der Polizei bekommen haben, man soll sich vorstellen, was das für eine Arbeit bedeutet und natürlich auch die Abwicklung heuer der Nationalratswahlen und im kommenden Jahr dann der EU-Wahlen, nur als ein paar Eckpunkte herausgestellt.

Das GGZ, heute schon mehrfach gelobt, ich bin stolz und froh, dass ich weiterhin in dieser Legislaturperiode auch dafür zuständig sein darf, setzt uns immer neue Maßstäbe, überrascht uns immer wieder mit neuen Ideen. Ich denke mir immer, jetzt haben wir eigentlich alles erledigt, dann kommt der Herr Dr. Hartinger mit seinem Team, Waltraud Haas-Wippel sitzt da, und schon wieder ist irgendeine neue Idee da, die uns im positiven Sinne überrascht. Also auch da eine wirkliche Gratulation, auch ein paar Projekte. Eure Arbeit, dass die gelobt wird aus der Stadt, wisst ihr, aber sie wird auch international und österreichweit gelobt mit verschiedensten Preisen, die ihr erhalten habt. Bis Ende 2013 wird am Standort Rosenhain werden 52 neue Betten im Zubau sein. Bis April 2014 wird auf dem Areal der Hummelkaserne das neue Pflegeheim Peter Rosegger stehen und in Planung ist, endfertiggestellt wird es erst 2016, ein Pflegewohnheim in Andritz. Unten in der Albert-Schweitzer-Klinik wird das Dachgeschoss am Gebäude des Hospiz ausgebaut, dort soll in weiterer Folge eine Ausbildung stattfinden für die Hospiz-Mitglieder, aber angedacht ist auch, einen Studiengang aus der Fachhochschule Joanneum dorthin zu bringen für den

Pflegebereich. Betreutes Wohnen Geidorf wird investiert und eine Patientendokumentation namens KIS sei auch noch zur Abrundung erwähnt.

Die Ordnungswache, ja, ich weiß schon, meine Damen und Herren von den Grünen, das ist immer so ein heikles Thema, da wird Ordnung gemacht und Sauberkeit und die Gesetze sollen eingehalten werden, das ist was Furchtbares, da müssen sich Leute auf einmal daran halten an Gesetze, die da sind, das gefällt euch nicht, ich weiß schon, weil ihr vor allem die Leute vertrittet, die sich nicht daran halten und das ist eben etwas, wo wir uns sehr drastisch unterscheiden, wo wir sagen, Österreich ist ein Rechtsstaat, es gibt hier Gesetze, Verordnungen und die FPÖ hat halt auch den Zugang, wenn man ein gedeihliches Miteinander sucht in der Gesellschaft, dann sind Regeln notwendig und diese Regeln werden deswegen aufgestellt, damit dieses Miteinander funktioniert und deswegen sind wir auch dafür, dass diese Regeln eingehalten werden, dass die auch kontrolliert werden, dass man hier nicht in erster Linie die Strafen sieht, sondern auch einmal das Ermahnen, das nachdenklich Machen und erst der nächste Schritt dann das Strafen notwendig sein wird und dafür sind wir froh, dass die Ordnungswache aufgestockt worden ist, das kostet mehr Geld, aber die Grazer Bevölkerung möchte das. Sie hat ein Sicherheitsbedürfnis, ein erhöhtes und wir versuchen, dieses Sicherheitsbedürfnis auch zu befriedigen, daher die Aufstockung der Ordnungswache, daher auch die Vernetzung mit der Polizei. Ich denke daran, dass die Polizei jetzt gerade die Fahrradpolizei aufgestockt hat und auch dort für Recht und Ordnung schaut, also das sind Maßnahmen, wo die Grazer Bevölkerung sehr froh sein wird, dass auch wir da hier Schwerpunkte setzen (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Aus dem Gesundheitsamt, die Hygiene- und Lebensmittelkontrolle, auch hier geht es mir darum, eine Vernetzung mit anderen Ämtern zustande zu bringen Gewerbeüberprüfung, gewerberechtliche Überprüfungen, Marktkontrolle etc. Ich habe mir auch schon persönlich vor Ort, ich war einmal mit bei einer Kontrolle am Sonntag, Öffnungszeiten etc., hier eine Vernetzung zustande zu bringen, wo wir die Ämter sich untereinander koordinieren lassen, damit man Doppelgleisigkeiten verhindert, damit wir auch Personalstunden einsparen kann und die Effizienz steigert

und deswegen war mir das sehr wichtig, dass auch dieser Bereich in meinem Ressort ist. Dazugehörig auch der Tierschutz, ein wichtiges Anliegen für uns alle, hier gibt es viel zu tun, die Hundewelpen-Geschichte habe ich gerade vorher gesagt und vor allem ein sehr emotionales Thema und wird von uns und wird von mir natürlich besonders aufgegriffen werden.

Ich komme zur Bau- und Anlagenbehörde. Hier, wie gesagt, im übertragenen Wirkungsbereich, hier ist gegründet worden das Referat für Veranstaltungen, auch derzeit ein schwieriges Thema, weil der Landesgesetzgeber uns da, wie soll ich sagen, eine Hürde eingebaut hat und da hoffe ich, dass unsere Spezialisten da hier mitwirken und da hier die Spitzen herausnehmen, dass wir wieder in Graz, so wie wir es bis jetzt gewohnt waren, Veranstaltungen tätigen können in der gewohnten Weise.

Gründung eines Wasserrechtsreferates ist erfolgt. Gründung eines Gastgewerbereferates usw. Also auch wieder eine Abwicklung, eine Erleichterung, eine Verbesserung, vor allem für die Bürger von Graz.

Die Stadtbaudirektion ist hinsichtlich der übergeordneten Maßnahmen Verkehr Infrastruktur bei mir, da sind die wichtigen Themen wie Reininghaus, die ganze Planung, die Koordination und das ist auch ein sehr wichtiger Faktor. Ich habe am Mittwoch jeder Woche eine Sitzung, einen sogenannten Jour fixe mit Baudirektion, mit Verkehrsplanung, mit Straßenamt, wo wir auf schnellem Wege die heiklen und wichtigen Themen für die Stadt Graz abwickeln können, besprechen können und hier auch koordinieren können, wie wir weiter vorgehen. Eine wichtige Sache.

Das Straßenamt, in aller Munde war es jetzt, der Verkehrsrechner ist angeschafft worden, wir erwarten uns hier eine massive Verbesserung der Verkehrssituation. Damit Sie nicht glauben, das geht jetzt von heute auf morgen, sage ich es gleich, das wird jetzt implementiert und ab Herbst wird dieser Verkehrsrechner ins Netz gehen und wir dann die geeigneten Verbesserungen haben. Darüber hinaus versuchen wir natürlich auch den Verkehr zu optimieren, was das Rechtsabbiegen anbelangt. Wir haben das jetzt geschafft, gerade Schönaugasse hinunter zum Schönaugürtel, da gibt es jetzt eine Rechtsabbiegemöglichkeit und, und, und. Das werden so Maßnahmen

sein, die wir über das gesamte Stadtgebiet überprüfen und hier optimieren und auch da, meine Lieben von den Grünen, ich glaube, bisher könnt ihr euch nicht besonders beschweren, dass ich jetzt irgendwo jetzt nur mehr die Autofahrer fördere und die Radfahrer links liegen lasse, hier schaue ich eben, zum Unterschied von vorher, auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen allen Teilnehmern im öffentlichen Verkehr und ich glaube, dass ist auch das, was die Grazer wollen. Hier keine Bevorzugung von irgendjemandem, sondern ein gedeihliches, friedvolles Miteinander, ich weiß, dass das schwierig ist, Frau ehemalige Vizebürgermeisterin, aber es wird uns gelingen, besser als Ihnen, weil Sie haben den Schwerpunkt eigentlich immer nur in Richtung Radfahrer gesetzt, das ist nicht unser Zug (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Ich habe Themen auch von Ihnen aufgegriffen, wie die Wohnstraße, wir haben es nicht abgedreht logischerweise, wir werden sie ausbauen, allerdings nicht mehr unter dem Aspekt, wo ich Geld hinausschleudere und irgendwelche Fantasiegeschichteln mache, sondern sehr pragmatisch, sehr sachlich und sehr effizient diese Dinge umsetze. Ob wir irgendwo Fahrradstraßen machen, lasse ich prüfen, ist keine heilige Kuh, ist durchaus machbar.

Und Verkehrsplanung vielleicht als Abschluss, weil dort Geld hineinfließen wird, was ja heute auch angesprochen worden ist. Wohin geht denn das Geld, das wir da hier so haben, also diese 100 Millionen, die so im Raum schweben? Es ist ja nicht so, dass wir dieses Geld für irgendwelche Selbstzwecke verwenden und uns abfeiern lassen und glauben, dass wir das für uns verwenden können, nein, das sind Gelder, die logischerweise in Infrastrukturmaßnahmen gehen werden und müssen, damit wir aufrecht erhalten können die Stabilität in dieser Stadt, das Angebot in dieser Stadt und da bedarf es halt vieler Investitionen. Wir bräuchten ein Vielfaches von dem, was wir haben, das wissen Sie alle, da wird es andere Überlegungen geben, ob wir vom Bund, vom Land Geld abholen können. Selber kreativ sein werden, wo wir Gelder lukrieren können, um eben diese notwendigen Projekte umsetzen zu können. Ich nehme plakativ heraus S-Bahn-Haltestelle Murpark, auch wieder für den öffentlichen Verkehr eine Verbesserung. Die Neugestaltung der Annenstraße. Natürlich Dinge, die man aus der vergangenen Periode übernommen hat, aber fertiggestellt werden.

Radverkehrsmaßnahmen werden natürlich weiter gemacht. Ich habe die Hummelkaserne, Verkehrserschließung, wo ja auch ein Pflegeheim gebaut wird und sozialer Wohnbau getätigt wird, den Med-Campus, der gebaut werden wird, ein riesiges Projekt, ich habe es mir gestern angeschaut, vor Ort bin ich es abgegangen, mit den Technikern, ein Wahnsinnsprojekt, aber sehr wichtig. Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof wird fertiggestellt und damit auch die Verlängerung 7 zu diesem Med-Campus. Es gibt eine Unzahl, die ich Ihnen vorlesen könnte, das würde den Rahmen sprengen und würde Sie auch in weiterer Folge langweilen, das möchte ich nicht. Bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, kann nur noch einmal unterstreichen, Schwarz, Rot und Blau hat sich zusammengefunden trotz aller Unterschiedlichkeiten, trotz aller verschiedenen Zugänge, die werden auch in den nächsten fünf Jahren in vielen Dingen unverändert bleiben, das heißt, wir sind nicht aneinander gekettet, wir haben nicht uns abgestimmt, dass wir den anderen überall zustimmen müssen, im Gegenteil, wir finden uns in den Finanzen und wenn es in anderen Dingen und Projekte Übereinstimmungen mit anderen Gruppen gibt und wir dort Mehrheiten finden, dann werden wir diese Mehrheiten suchen beziehungsweise unterstützen, und lassen Sie uns jetzt einmal arbeiten, beurteilen Sie uns dann nach unserem Tun. Dankeschön (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Stadträtin Elke K A H R

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Stadtratskollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Letzte Woche fand auf Einladung unseres Bürgermeisters Siegfried Nagl am Grazer Schloßberg der 1. Österreichische Stadtregionstag statt. Über zwei Tage hindurch beschäftigte man sich mit der Städtepolitik in der Europäischen Union. Viele von uns waren dort und wir haben dort auch gehört, dass mittlerweile 70 Prozent der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten leben. Diese Entwicklung sehen wir natürlich in Österreich und auch in unserer Stadt Graz. So erfreulich das einerseits sein mag, so gewaltig sind auch die Herausforderungen, im Wissen knapper werdender Budgets, an eine kommunale Stadtverwaltung.

Es ist heute schon vom sozialen Zusammenhalt von meiner Kollegin Gemeinderätin Haas-Wippel gesprochen worden. Soziale Kohäsion, dieses Wort findet man in fast jeder Studie und Expertise der Europäischen Union, die von dort herausgegeben werden. Diese Appelle des sozialen Zusammenhalts an die Städte greifen aber spätestens dann ins Leere, wenn man selbst durch die Europäische Union den Druck auf die Kommunen erhöht und auch innerhalb Österreichs die Umverteilung der Mittel nicht zugunsten von Städten und Gemeinden ausfällt.

Sozialer Zusammenhalt und eine solidarische Gesellschaft geraten aber spätestens dann in Schiefelage, wenn wir den Menschen keine Arbeitsplätze verschaffen können, von denen sie auch leben können und wenn nicht genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen (*Applaus KPÖ*).

Als zuständige Wohnungsstadträtin, mittlerweile seit sieben Jahren, und mir geht es so ähnlich wie dem Stadtrat Eisel-Eiselsberg, ich erlebe mittlerweile schon die 20. Budgetdebatte, möchte ich deshalb auch heute einmal mehr darauf hinweisen, dass Wohnungspolitik ein ganz wesentlicher Teil der Sozialpolitik ist. Aus dem einfachen Grund, weil alle Menschen Raum zum Wohnen brauchen. Egal ob jung oder alt, ob krank oder gesund, ob einheimisch oder zugewandert, benachteiligt oder privilegiert.

Aber nur die wenigsten können sich ihre Traumwohnung leisten. Hochglanzbroschüren privater Wohnbauträger, in denen der Wohnbau prächtig angepriesen wird, sind für einen Großteil der Familien ein Hohn. Selbst Richtwertmieten, die gesetzeskonform sind, ergeben zusammen mit den immer teurer werdenden Betriebs-, Heiz- und Stromkosten eine monatliche Belastung für das Wohnen von 50 Prozent und oft noch mehr.

In den letzten Jahren habe ich in tausenden von persönlichen Beratungsgesprächen sehr viel über die berufliche und persönliche Situation der Menschen erfahren können. Immer wieder erschütternd zu sehen, ist für mich, dass trotz jahrzehntelanger oft schwerer Arbeit die Realeinkommen mit den Lebenshaltungskosten bei weitem nicht Schritt halten. Ich bin keine Statistikfreundin, aber der Einkommensbericht 2012 des Rechnungshofes verdeutlicht, dass vor allem die unteren Einkommensgruppen massiv an Kaufkraft verloren haben. Die ArbeiterInnen haben zwischen 1998 und 2012 im Durchschnitt, inflationsbereinigt, zwölf Prozent verloren, das unterste Zehntel der ArbeiterInnen sogar 40 Prozent. Bei den Angestellten sank die Kaufkraft um acht Prozent.

Diese Einkommensentwicklung ist mit ein Grund, warum sich immer größere Teile der Bevölkerung, auch bei uns hier in Graz, die Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt nicht mehr leisten können. Die ohnehin viel zu hohen Richtwertmieten sind teilweise noch günstig im Vergleich zu jener größer werdenden Zahl von frei finanzierten Wohnungen, die keinerlei Mietzinsbeschränkungen, außer dem Wucher, unterliegen. Wo Investoren und Banken die höchstmögliche Rendite suchen, werden sie sie auch finden. Finanziert von jenen, die aufgrund der hohen Nachfrage und des geringen Angebotes keine andere Möglichkeit haben. Deshalb darf Wohnen keine Ware sein. Wohnen ist ein Teil elementarster Daseinsvorsorge (*Applaus KPÖ*).

In Graz geben wir tausenden Familien und Personen mit unseren Gemeindewohnungen dauerhaften, gesicherten und leistbaren Wohnraum. Wollen wir keine Verhältnisse, wie sie in vielen europäischen Städten schon vorherrschen, dann kann der Bau von weiteren Gemeindewohnungen nicht als einfallloses Relikt aus vergangenen Zeiten sein, sondern als ein Gebot der Stunde. Wenn man ernsthafte Wohnungspolitik für alle einkommensschwächeren Gruppen machen will, gibt es einfach dazu keine Alternative.

Wie reagiert aber die derzeit herrschende Politik darauf? Was tun Bund und Land, um den dringend nötigen leistbaren Wohnraum zu schaffen?

Warum hält man ein völlig undurchschaubares Richtwertmietsystem aufrecht, anstatt nachvollziehbare günstigere Kategoriemieten einzuführen? Ist es nicht das Land, das durch die Kürzung der Wohnbaufördermittel weniger geförderten Wohnraum schafft und gleichzeitig die Wohnbeihilfen kürzt?

Warum begreifen Voves und Schützenhöfer im Land noch immer nicht, dass Graz als ständig wachsendes Ballungszentrum den größten Bedarf an geförderten Wohnungen hat?

Die Anfang des Jahres gut begonnene Debatte über leistbares Wohnen im Vorfeld zur Nationalratswahl gerät aber jetzt wieder in Schieflage, weil die Orientierung, und Sie alle können es in den letzten Wochen und Monaten lesen, erst wieder, wenn es um die Finanzierung des sozialen Wohnbaus geht, bei privaten Investoren gesehen wird. Kapital dafür von Versicherungen oder Pensionskassen heranzuziehen, liefert die Entwicklung des geförderten Wohnungsmarktes aber dem Finanzmarkt aus. Die Aufgabe der Zweckbindung der Wohnbaufördermittel und der Verkauf der aushaftenden Wohnbaurdarlehen an die Banken haben den geförderten Wohnbau in der Steiermark ernsthaft in die Sackgasse geführt.

Deshalb treten wir entschieden für die Zweckbindung der Wohnbaufördergeldern ein. Aushaftende Darlehen müssen wieder durch das Land selbst verwaltet werden und wir treten für die Einführung eines Landeswohnbaufonds ein. Dieser soll aus

Ertragsanteilen, Rückflüssen aushaftender Darlehen und vom Land aufgenommener Bankdarlehen gespeist werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für das Doppelbudget 2013 und 2014 habe ich gemeinsam mit den MitarbeiterInnen im städtischen Wohnungsamt versucht, die Leistungen aufrecht zu erhalten. Für uns steht immer im Zentrum die Frage, was können wir tun, um die hohe Qualität der Betreuung und Beratung für Wohnungssuchende und unsere BewohnerInnen weiterzuführen und gleichzeitig Maßnahmen zu setzen, damit die soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht verloren gehen?

Die Mieten in den städtischen Gemeindewohnungen liegen um 40 Prozent unter jenen des steirischen Richtwertes. Wir halten trotzdem unsere Mietzinszahlung aufrecht, damit niemand mehr als ein Drittel von seinem Haushaltseinkommen bezahlen muss.

Der 2011 eingeführte Kautionsbeitrag, der die Übernahme einer Bruttomonatsmiete bis zu 500 Euro bei Anmietung einer Wohnung am privaten Wohnungsmarkt vorsieht, hat sich sehr bewährt und ist auch budgetär weiter abgesichert.

Der seit mehr als zehn Jahren erfolgreich begonnene Weg der umfassenden Wohnhaussanierungen bei den stadteigenen Wohnhäusern wird auch in diesem und im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Mit unseren umfassenden Sanierungen sind wir im Städtevergleich in Österreich wirklich beispielgebend und können darauf auch wirklich sehr, sehr stolz sein. Ebenso werden thermische Sanierungen, Fenster- und Lifteinbauten, Mülleinhausungen, Hofgestaltungen, Privatstraßensanierungen, Brauchbarmachungen und vieles andere mehr erfolgen.

Neben dem Einbau von Nasszellen möchten wir auch in diesem und im nächsten Jahr den Einbau von Fernwärme fortsetzen. Im Rahmen der umfassenden Wohnhaussanierungen ist der Einbau obligatorisch vorgesehen. Ob aber im selben Ausmaß wie in den vergangenen Jahren zusätzlich in bewohnten Wohnungen ein Fernwärmeeinbau erfolgen kann, wird davon abhängen, ob die entsprechenden Mittel dafür im Gemeinderat eine Mehrheit finden. Letztes Jahr wurde in 351 Wohnungen, also Gemeindewohnungen, Fernwärme eingeleitet in guter

Zusammenarbeit mit dem Umweltamt der Stadt Graz, und dafür möchte ich mich auch sehr herzlich hier an dieser Stelle bedanken (*Applaus KPÖ*).

Seit vielen Jahren, vielleicht kennen es einige von euch, am Grünanger haben wir eine Holzhaussiedlung, dämmen und sanieren wir dort die Holzhäuser, die, Gott sei Dank, erhalten geblieben sind und auch eine Wohnversorgung Menschen geben, die wir sonst sehr, sehr schwer wohnversorgen könnten. Dieses Jahr werden wir ein Pilotprojekt starten und erstmals ein Holzhaus, ein Doppelholzhaus am Grünanger auf einer derzeit freien Fläche neu errichten.

Wie schon erwähnt, ist es unser Ziel, auch in den kommenden Jahren dafür zu sorgen, dass weitere neue Gemeindewohnungen errichtet werden.

Dieses Jahr werden 239 Wohnungen fertiggestellt, nächstes Jahr sind es 251 Wohnungen. Das war deshalb möglich, weil in der letzten Gemeinderatsperiode, ÖVP und Grüne gemeinsam mit uns, ein Sonderwohnbauprogramm vereinbart hatten. Ob dieser Weg fortgesetzt werden kann, hängt aber natürlich auch wesentlich davon ab, ob es auch weiterhin vom zuständigen Liegenschaftsreferenten die entsprechende Unterstützung, also finanzielle Unterstützung zum Ankauf von Grundstücken gibt.

Ein neuer Verantwortungsbereich für mich liegt in der Siedlungs- und Stadtteilarbeit. Die Konzentration liegt, aufgrund natürlich auch beschränkter Mittel, vor allem bei den gemeindeeigenen Wohnhausanlagen und bei den Übertragungswohnbauten. Die schon im letzten Jahr auf wenige Wohnhäuser beschränkte Wohnungseinbegleitung „Hallo Nachbar“ wird auf alle städtischen Wohnhäuser ausgeweitet. Das Projekt Nachbarschaftshilfe (NABAS) durch das Friedensbüro wird fortgeführt und ebenfalls ausgeweitet.

Die Stadtteilzentren Triester und Grünanger, das Büro der Nachbarschaften, die Stadtteilarbeit EggenLend, sowie das Nachbarschaftsbüro NANET in der Floßlendsiedlung werden mit Fördermitteln unterstützt.

Neu geschaffen wird auch entsprechend des Dringlichkeitsantrages aus der vorletzten, glaube ich, Gemeinderatssitzung die Gründung eines Stadtteilzentrums in der Schönausiedlung. Entsprechende Mittel dafür sind auch vorgesehen und bis vor

wenigen Tagen war die Raumfrage noch ungeklärt und es freut mich, Ihnen heute auch mitzuteilen, dass wir diese Raumfrage gestern lösen konnten (*Applaus KPÖ*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit der Bau- und Anlagenbehörde habe ich eine neue Magistratsabteilung übertragen bekommen. In den wenigen Monaten, in denen ich bisher mit den KollegInnen zusammenarbeiten durfte, kann ich jetzt schon sagen, dass ich den größten Respekt vor deren Leistungen habe. Fast 80.000 Bescheide, Mitteilungen und Rückscheine – unzählige Termine, Baubesprechungen, Telefonate, Beratungen usw. überhaupt nicht miteingerechnet – zeigen eines, welche hohen Anforderungen und Kompetenzen hier angesiedelt sind. Die mittlerweile erfolgte Personalaufstockung, die dringend erforderlich war, macht es deshalb auch erstmals möglich, wichtige organisatorische Maßnahmen zu setzen.

Internes Kontrollsystem, Einführung eines elektronischen Aktes, beides in dieser Woche gestartet, die Einführung einer Gebührenstelle, um mehr Transparenz zu schaffen, Qualitätssteigerung durch einheitliche Vorlagen, Prozessoptimierung usw. Besonders freut es mich aber, dass es gelungen ist, ein Beschwerdemanagement einzuführen. Auskünfte kompetent und kundInnenfreundlich zu erteilen, ist dabei oberstes Prinzip.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte allein im 1. Quartal 2013 eine Steigerung in der Bearbeitung der Akten um 41 Prozent erreicht werden.

Ich möchte mich bei allen politisch Verantwortlichen vor meiner Zeit und bei allen anderen, die mitgeholfen haben, die personellen Ressourcen der Bau- und Anlagenbehörde zu ermöglichen, ganz, ganz herzlich bedanken (*Applaus KPÖ*). Besonders aber möchte ich mich bei Frau Abteilungsvorständin Mag. Verena Ennemoser bedanken, die heute leider nicht da sein kann, weil sie erkrankt ist, und bei allen KollegInnen, die im letzten Jahr und in den letzten Monaten in der Bau- und Anlagenbehörde wirklich Enormes geleistet haben. Auf diesen begonnenen Weg kann die Stadt Graz sehr, sehr stolz sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit nunmehr sieben Jahren habe ich die Verantwortung für das Wohnungsamt. Das, was dort tagtäglich geleistet wird, von der Hausverwaltung bis hin zum Wohnungszuweisungsreferat, in der Schlichtungsstelle, in der Wohnbauabteilung oder in der Wohnungsinformationsstelle mit mehr als 3.500 jährlichen Beratungsgesprächen, das kann man in einem Redebeitrag alles nicht anführen. Sie können mir aber eines glauben: Die Anforderungen steigen von Jahr zu Jahr. Dabei die Qualität im Service und vor allem in der hohen sozialen Kompetenz zu halten, ist nicht selbstverständlich und es ist vor allem auch ein Verdienst vom Abteilungsleiter Dr. Norbert Wisiak, dass dies gelingt. Dafür ein ganz, ganz herzliches Danke (*Applaus KPÖ*).

Auch wenn wir mitten im Jahr sind, möchte ich aber trotzdem natürlich heute bei der Budgetdebatte die Gelegenheit nicht verabsäumen, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Magistrat, allen Abteilungen und Beteiligungen ganz, ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Vor allem natürlich auch bei den KollegInnen im Sozialamt, wo natürlich die Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt naturgemäß sehr nahe ist. Ich möchte mich natürlich auch bei allen alten und neuen Mitgliedern im Wohnungsvergabeausschuss und auch bei unserem Obmann des Wohnungsvergabeausschusses, Herrn Gemeinderat Spath, bedanken für die gute Zusammenarbeit, bei meinen StadtregerungskollegInnen und natürlich auch bei Stadtrat Rüschi, wo, das muss man ganz fairerweise und korrekt sagen, die Gespräche um das Budget sachlich und korrekt geführt wurden, wenn auch nicht immer übereinstimmend, so wurde doch auch diesmal für die kommenden beiden Jahre ein Weg gefunden für die mir übertragenen Aufgabenbereiche. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

Stadträtin Lisa R Ü C K E R

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen, Kolleginnen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen!

Ich habe jetzt, weil wir heute schon die Jahre so aufgezählt haben, wer wie lange hier schon Budgetreden und Budgetbeschlüssen folgt. Bei mir sind es auch zehn Jahre inzwischen und ich möchte mit einer positiven Rückmeldung an den Finanzstadtrat beginnen. Es hat sich doch in der Darstellung, wie da herinnen die Zahlen präsentiert werden und ein Budgetbeschluss zustande kommt und erläutert wird, massiv was geändert. Wenn ich mich erinnere vor zehn Jahren oder vor sieben Jahren, wie man damit Zahlen zugeschüttet wurde, nichts erläutert wurde und wie heute Stadtrat Rüschi versucht hat, die Zusammenhänge sehr übersichtlich darzustellen, auch gerade, weil doch einige Gemeinderäte und Gemeinderätinnen das erste Mal mit einem Budgetbeschluss befasst waren. Da möchte ich sagen, da hat sich einiges getan im Sinne einer Darstellung und Nachvollziehbarkeit für diesen Beschluss. Das ist jetzt einmal das Positive, das heißt, da hat es einen Weg hin zur Transparenz gegeben.

Jetzt kommen wir zu den kritischeren Ansätzen. Gleichzeitig gibt es doch in bestimmten Punkten, wenn man jetzt den Vollzug des Budgets betrachtet, gewisse Rückschritte. Ein Punkt, den hat heute meine Kollegin, Frau Grabe, schon angesprochen, das ist wirklich sehr beachtlich, was da passiert ist zum Thema Verschleierung von bestimmten Subventionen beziehungsweise Aufmachen von einer Planungssicherheit für viele Vereine und Träger in der Stadt, dass man da ganz kurz, bevor ein Budgetbeschluss zustande gekommen ist, versucht hat, indem man bestimmte Listen sozusagen in einem Topf zusammengeführt hat, einerseits der FPÖ zu ersparen, offiziell jetzt einem Budget mitzustimmen, wo auch womöglich menschenrechtsrelevante Projekte drinnen sind und auf der anderen Seite doch die Stadt als Menschenrechtsstadt bekennt sich damit nicht offiziell dazu, solche Vereine zu fördern, das könnte man herauslesen und das Zweite, was dann doch ein bisschen bedenklich ist, ist dass eben aufgemacht wird und Vereine, die jetzt schon ein halbes

Jahr warten, wie es jetzt weitergeht, jetzt erst recht in die Verunsicherung geschickt werden. Das ist eigentlich kein Umgang mit Trägern, die prinzipiell, wie wir wissen, eher im Prekariat zu Hause sind, als in der vollkommenen Absicherung.

Ein zweiter Punkt, der doch ein gewisser Rückschritt bedeutet, auch wenn ich zehn Jahre zurückblicke auf Budgetpraxis in diesem Hause. Ich kann mich erinnern, dass wir vor zehn Jahren sehr heftig eingefordert haben alle miteinander, Ina Bergmann wird mir bestätigen, eine mittelfristige Budgetplanung. Ein vorausschauendes nachhaltiges Budgetieren. Jetzt haben wir hier einen Beschluss, der reicht genau bis zum 31.12.2014, und wenn man Mittelfristtechnik sucht als Wort oder als Begriff, dann gibt es ganz viele leere Ankündigungen und gar nichts Konkretes. Das heißt, alles, was über 2014 Ende hinausgeht, ist vollkommen offen gelassen und warum ist das so? Und das ist doch bitte sehr, was jetzt wirklich ein sehr schönes und deutliches Bild wirft auf diese Form der Zusammenarbeit, mit der wir es hier zu tun haben. Alle reden davon, dass wir dann irgendwann, es ist heute mehrfach gefallen, über die Prioritäten diskutieren werden, wir werden über die Werte diskutieren. Es sollten dann die Gespräche geführt werden. Das heißt, dieses Verschieben von einer Diskussion über das, was wir in den nächsten Jahren in der Stadt als Herausforderung sehen, erstens, darüber muss man sich einmal einig sein und zweitens dann auch zu sagen, welche Maßnahmen man mittelfristig und längerfristig tatsächlich angehen will, ist auch mit diesem Budget noch einmal verschoben worden. Das heißt eigentlich, das ist ein Budget, das jetzt ohne Ziel und ohne Weg, de facto also ohne Pfad beschlossen wird und de facto heißt das, und so wird es auch erlebbar sein, mit den ersten Beschlüssen wer die großen Projekte dann hier hat und die ersten AOG-Mittel abholt, im Sinne, wer zuerst kommt, malt zuerst, wird das nämlich ablaufen. Die ÖVP wird vorgeben, die FPÖ wird dankbar sein, dabei gewesen zu sein und die SPÖ wird die ganze Zeit mit der Hoffnung leben, irgendwann doch noch einmal dass miteinander geredet wird in dieser Koalition und genauso wird es sich dahinlavian und irgendwann werden alle aufwachen und feststellen, dass die 15 Millionen oder die 100 Millionen, wenn man jetzt über fünf Jahre redet, längst einbetoniert sind in Projekte, die man dann alle schnell, schnell ...wir wissen, wer schneller ist in der

Stadt, da durchgebracht hat und dann werden alle aufwachen. Also insofern ist eine nachhaltige Vorsorge in einer Stadt, die wächst, das ist ja unbestritten, ist eine Stadt, die sich sehr dynamisch entwickelt und eine Budgetvorsorge, die nicht darüber hinaus geht und sagt, wir müssen auch schon jetzt darüber festlegen, was für große Investitionen, große Programme wir angehen für die Jahre ab 2014/2015/2016, ist schon ein großes Armutszeugnis. Das ist eine der wesentlichen Gründe, meine Vorredner und -rednerinnen haben es ja erläutert, warum wir dem Budget so nicht zustimmen können.

Bevor ich jetzt auf meine Ressorts komme, möchte ich doch noch auf den Herrn Stadtrat Eustacchio eingehen in zwei Punkten. Prinzipiell haben ich das ja interessant gefunden, es gibt kein einziges eigenes Projekt im Verkehrsbereich, das der Herr Stadtrat vorstellt, das ist doch durchaus ein bisschen befriedigend, wenn man die eigenen Projekte alle wieder präsentiert bekommt, aber schön (*Applaus Grüne*) heißt, dass doch eine gewisse Nachhaltigkeit in der Rücker'schen Verkehrspolitik liegt, so würde ich das einmal interpretieren ganz bescheiden und der zweite Punkt, wenn jetzt der Herr Stadtrat hergeht und den Grünen unterstellt, sie seien die Vertretung als Partei jener Leute, die es mit dem Gesetz nicht so ernst nehmen...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Letzte Woche auf der Uni.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** ...dann möchte ich schon sagen, das ist doch eine sehr kühne Behauptung von einer Partei, wo wir wissen, wie viele Leute dort rechtskräftig verurteilt sind, also das möchte ich ganz massiv zurückweisen (*Applaus Grüne*).

Gut, ich komme jetzt zu meinen Ressorts, ich musste das nur noch einmal anbringen. Zu den Ressorts: Sie wissen, bei mir gibt es die Fortführung des Umweltressorts, neu dazugekommen sind das Gesundheitsressort und das Kulturressort. Ich bin sehr

glücklich über die Zusammenstellung der Ressorts, ich denke, das war eine gute Entscheidung und da bin ich auch wirklich froh, weil es gut zusammenpasst.

Zuerst zum Umweltamt. Umweltamt ist, wie gesagt, aufgestellt, wir haben in den letzten Jahren sehr viel vorbereitet, vorgearbeitet und begonnen. Einige dieser Wege, die wir begonnen haben, können wir idealerweise hoffentlich fortführen. Über manche Fortführungen sind viele Fragezeichen offen. Zum Beispiel die Fragestellung, der immer proklamierte weitere Ausbau von Fernwärme in dieser Stadt, wird überall behauptet, dass dafür etwas stattfinden muss, aber ich sehe in diesem Budget keine Vorsorge für die Mittel, die wir brauchen werden. Wir haben in den letzten Jahren die stärkste Offensive im Bereich des Fernwärmeausbaus gehabt seit den 60er-Jahren. Die letzten drei Jahre wurden so viele Wohnungen umgebaut, wie in vielen Jahren davor und an die Fernwärme angeschlossen. Wenn das einigermaßen so weiter fortgesetzt werden soll, und nachdem es leider die einzige Maßnahme ist, zu der sich in dieser Stadt die Mehrheit durchringen konnte gegen den Feinstaub, dann wird es notwendig sein hier auch entsprechende AOG-Mittel für längere Zeit vorzunehmen als nur bis zum Jahr 2014. Wenn es nach uns geht und wenn es möglich wird, diese Mittel aus den 15 Millionen abzuholen, die da jetzt in der nächsten Zeit um die das große Rennen beginnen wird, dann werden wir in dem Bereich weiter tun. Natürlich auch die Kooperation mit dem Land Steiermark, die auch bisher gut funktioniert hat, wenn es um Feinstaubmaßnahmenpakete und die Erweiterung und die Ausweitung geht, wird fortgesetzt. Ein Thema, das in dem Zusammenhang sehr wichtig ist, ist auch, dass wir auch das Thema Verkehr von unterschiedlicher Seite aus dem Umwelt- und Gesundheitsfokus weiterbeleuchten werden, es wird entsprechende Messungen geben, ob das jetzt die Frage ist, wie man mit NO_x in dieser Stadt umgeht, wie die Feinstaubwerte sind, es wird auch die Schwermetallbelastung in bestimmten verkehrsbelasteten Gebieten von uns dokumentiert werden und auch Maßnahmen dafür entwickelt, umzusetzen sind sie dann übergreifend. Es wird auch darum gehen, wie im Bereich der Stadt mit dem Lärm umgegangen wird, auch hier ist der Verkehrsbereich nicht irrelevant, also der Herr Stadtrat wird weiterhin mit mir zu

tun haben müssen, wenn er als Verkehrsstadtrat auch die Wünsche der Bürger und Bürgerinnen ernst nimmt, die nach einer gesunden Stadt schreien (*Applaus Grüne*).

Eine wichtige weitere Maßnahme, die wir auch in den letzten Jahren sehr erfolgreich begonnen haben, ist der Ausbau der Sonne auf den Dächern in der Stadt. Ob das jetzt die Frage der Photovoltaikanlagen ist, wir werden auch die nächsten BürgerInnenanlagen bei der Photovoltaik angehen. Es wird Projekte geben zum Thema Solarthermie und wir werden auch mit Partnern arbeiten, so wie wir jetzt gerade zum Beispiel in Grottenhof mit der Schule Grottenhof eine Solaranlage mit Schülern gemeinsam gebaut haben, also es geht auch darum, wirklich das eigene Wissen der Menschen über diese Technologie zu stärken, damit sie noch weiter ausgebaut wird, denn die Sonne ist die günstigste Form, Energie in die Stadt zu holen. Dann wird es weiterhin Schwerpunkte geben zum Thema Denkmalschutz und Energieeffizienz. Einen neuen Schwerpunkt aus dem Kommunalen Energie-Konzept werden wir setzen in einem Bereich, der heute schon mehrfach angesprochen wurde. Es geht darum, dass Menschen zunehmend eine größere Gruppe es sich immer schwerer leisten kann, Energiekosten zum Beispiel zu finanzieren. Das heißt, das Leben, das leistbare Leben wird auch bei uns in diesem Bereich stärker in den Mittelpunkt gestellt, es wird gerade ein Auftrag ausgearbeitet, wo es darum geht, ein Aktionsprogramm gegen Energiearmut zu entwickeln, da geht es dann um unterschiedliche Maßnahmenpakete, die wir dann hier herinnen auch vorstellen werden und auch beschließen lassen, die in verschiedenen Ressorts, aber auch eben im Umweltressort umzusetzen sind, damit Energieeffizienz insbesondere dort greift, wo es dann auch in der Geldtasche von Menschen mit wenig Einkommen spürbar wird.

Ökoprotit und Wirtschaft, die Firmenförderung in dem Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens wird fortgesetzt. Wir haben sehr erfolgreich im letzten Jahr gearbeitet mit den Klein- und Kleinstbetrieben. Das ist ein neuer Zugang gewesen, wir werden den Bereich fortsetzen und noch einige Maßnahmen mehr im Umweltbereich. Ich rede von Fair Trade, ich rede von einem nachhaltigeren Umgang mit unseren Lebensmitteln von biologisch und leistbar einkaufen. Ich rede auch, weil es jetzt

gerade erst neu entdeckt wurde vom Herrn Kollegen Rajakovics, von unserem schon lange unterstützen Maßnahmen im Bereich des Open Government oder Gemeinschaftsgarten, auch hier werden wir als Umweltamt weiter ein wichtiger Ansprechpartner sein.

Das heißt, die Ökologie und die Frage, wie in dieser Stadt unter welchen Bedingungen die Menschen in dieser Stadt leben, ob sie hier gesund leben, ob sie hier die Lebensbedingungen vorfinden in jeder Region der Stadt und nicht nur dort, wo es privilegierte Rahmenbedingungen gibt, wird weiterhin ein ganz ein wichtiges Anliegen von mir als Umweltreferentin sein, denn Lebensqualität sagt man leicht und schnell dahin als Politiker und Politikerin, dafür muss man auch einiges tun und auch bereit sein, einige Maßnahmen miteinander zu tragen, die vielleicht auf den ersten Blick nicht immer nur bequem aussehen. Insofern werden Sie in mir weiterhin eine Kämpferin für eine nachhaltige Lebensweise in dieser Stadt sehen, weil am Ende ist es dann für alle das Beste.

Zum Thema Gesundheit - Gesundheitsamt: Sie wissen, das Gesundheitsamt wurde etwas neu strukturiert, ein Teil, der Veterinärbereich, ist zum Herrn Stadtrat Eustacchio gegangen, der Rest, der nicht kleine Rest, der große umfassende Bereich der Gesundheitsförderung, der Suchtprävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheitsschutzmaßnahmen sind bei mir. Zur Suchtprävention ein paar Worte. Das Thema ist ein brisantes Thema, das brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Es gibt bisher Maßnahmen, die insbesondere mit der Caritas sehr erfolgreich umgesetzt werden. Es gibt eine sehr gute Kooperationsebene mit dem Land. Ich rede vom Kontaktladen, vom Drogenstreetwork, ich rede auch von der noch nicht ausreichend gelösten Problematik der Substitutionsbehandlung in Graz, wir haben hier einen wesentlich größeren Patientenandrang, als wir derzeit abdecken können. Hier gibt es mit dem Land erste Vorgespräche in die Richtung, wie wir da weitertun. Generell ist es ein Thema, das wir nicht zu polemisch behandeln sollten, auch wenn das immer wieder gerne parteipolitisch benutzt wird, es geht hier um eine gar nicht kleine Menge sehr kranker Menschen und hier werden Sie in mir als ehemaliger Sozialarbeiterin

durchaus eine finden, die zuerst die sachlichen und fachlichen Argumente sucht, bevor sie hier auf dem Rücken von Betroffenen agiert.

Zur Gesundheitsförderung: Es gibt in dieser Stadt schon lange unterschiedlichste Vereine, die sehr wichtige Arbeit machen, von der AIDS-Hilfe über das SMZ in Liebenau über das Frauengesundheitszentrum etc. Auch hier bin ich interessiert daran, zu einer längerfristigen Absicherung zu kommen. Bisher gibt es hier kurzfristige Absicherungsformen. Mir geht es darum, dass diese Tätigkeiten, die sonst die Stadt selbst machen müsste, auch in Zukunft gut abzusichern und hier aber besser zu vernetzen, dazu dient auch die Leitbildentwicklung, die auch ganz stark in diese Richtung geht dieses Verschränken der unterschiedlichen Aktivitäten.

Gesundheitsleitbild, wie gesagt, wird demnächst vorgestellt, dafür wird es auch noch für die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen einen Workshop (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) geben, um sich damit auseinanderzusetzen.

Ich komme jetzt zu meinem dritten Bereich, dem Kulturbereich. Eine Stadt, die sich so stark entwickelt, könnte sich so oder so oder so entwickeln, es ist nicht oder es ist relevant, wie sie sich entwickelt und wie das Zusammenleben sich entwickelt und ich halte die Kulturpolitik, den kulturellen Zugang als einen wesentlichen Faktor dafür, wie eine Stadt sich entwickelt und so sehe ich auch meine Rolle als Kulturstadträtin. Was werden wir in dem Bereich tun? Das Kulturamt hat natürlich als wesentliche Aufgabe auch die Aufgabe der Förderung von Kunst und Kultur, aber noch darüber hinausgehende Schwerpunkte.

Zum Thema Förderung. Wir werden die Fördervereinbarungen, die ja heuer auslaufen, für die nächsten Drei-Jahres-Verträge wieder evaluieren und neu beziehungsweise auf der Grundlage der letzten Evaluierung bewerten. Wir werden im Bereich der Vereine das Prinzip des Fair Pay fortsetzen, das von meinem Vorgänger begonnen wurde, wo es darum geht, dass diese sehr prekären Verhältnisse, wo gerade bei kleinen Vereinen, die, die es kennen, wissen, wie es dort aussieht, das nicht noch stärker in diese Richtung rutscht. Wir werden im Kulturamt mit dem Gender Budgeting jetzt die nächsten Schritte setzen, dann werde ich einen Schwerpunkt umsetzen in dieser Zuwanderungsstadt, die Graz nun einmal ist, das

Thema Interkultur noch stärker auch in diesem Ressort, wo sonst als im Kulturbereich, gehört es auch stärker verankert.

Weitere Punkte können Sie aus meinen ganzen Listen lesen. Ich denke, wir haben uns viel vorgenommen wieder in meinen Ressorts, das ist nichts Neues, ich gehe auch davon aus, dass mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Abteilungen, allen voran den Abteilungsleitern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), denen ich hier Dank sagen will, ich sehe hier Peter Grabensberger, ich habe Werner Prutsch heute schon gesehen hier drüben und ich habe den Herrn Dr. Künstler auch schon gesehen. Ich möchte euch und euren Abteilungen, MitarbeiterInnen, einmal herzlich danke sagen und weiß, dass es nur geht, engagierte Politik zu machen, wenn man auch engagierte Abteilungen hat und ein engagiertes Team (*Applaus Grüne*). Genauso ist es natürlich wichtig, mit unterschiedlichen anderen Abteilungen zusammenzuarbeiten, eine als Beispiel hervorgehoben natürlich, ist die Gesprächsebene mit dem Budgetreferenten eine wichtige, auch wenn wir in manchen Punkten heuer nicht zusammengekommen sind, darauf komme ich dann noch kurz zu sprechen und ich möchte natürlich meinem Büro, meinem Team im Büro ein herzliches Dankeschön sagen für die tägliche Aushaltung von mir. So ist das Wort, zwar schiach gesagt, aber dass ihr mich täglich aushaltet.

Noch ganz kurz, ich habe wirklich hin- und herüberlegt und viel diskutiert, lieber Gerhard Rüschi, ob wir unserem, meinem Budgetansätzen zustimmen sollen und nach den ersten Verhandlungen war ich auch geneigt, das zu tun. Es gab aus den ersten Verhandlungen das Gefühl, dass es wirklich den Wunsch gibt, gerade im Kulturbereich wieder ein bisschen mehr zu einem Schwerpunkt zu verhelfen, nachdem die letzten zehn Jahre doch in dieser Stadt nach der Kulturhauptstadt relativ rigide mit dem Kulturbudget umgegangen wurde und dann kam irgendein Freitag vor ein paar Wochen, an dem ich dann feststellen musste, dass mit dieser Prozentkürzung, die ihr jetzt wieder drüberlegt über die Eckwerte, vieles von dem, was wir vorher vereinbart hatten, sich wieder in Frage stellt. So zum Beispiel habe ich jetzt zwar das große Ressort, dass ich für die Kulturbeteiligungen auch zuständig bin, die ja nicht wenig darstellen, und mit der prozentuellen Abwertung derselben über

einen Eckwert gebundene Verträge habe auf der einen Seite, das heißt, dort ein Minus ausgleichen muss mit einem Budgeteckwert aus einem anderen Bereich, wo ich gerade die freien Träger drinnen habe. Das ist von der Perspektive her nächstes Jahr vielleicht noch abzufedern durch das, was ich heuer mehr bekomme, aber für das Jahr darauf, wo die drei Prozent angekündigt sind, absolut nicht darstellbar und diese Entwicklung ist eine, die eigentlich so nicht verabredet war, weil damals, als es geheißen hat, du hast jetzt mehr Spielraum, wenn du alle Kulturbereiche in einer Agenda hast, hat sich damit als ein gewisser Fallstrick erwiesen. Das war in dem Sinn ein Punkt, ich weiß, das trifft alle Eckwerte, aber in dem Fall ist da was zusammengelegt worden, was ich jetzt im Nachhinein als ein bisschen ein trojanisches Pferd erweist. Der zweite Punkt, den habe ich eh schon gesagt, auch diese Mittelfristigkeit und das Nicht-Sehen, wo die Feinstaubmittel herkommen, weil sie nirgendwo auch in den ganzen Ankündigungen, die jetzt auch medial da waren, nicht mehr aufgetaucht sind, haben mich dann doch dazu veranlasst, diesem Budget jetzt in dieser Form nicht zuzustimmen, auch wenn ich zugestehen muss, dass wir sehr intensiv verhandelt haben und ich zumindest für heuer das Gefühl habe, einiges erreicht zu haben. Aber wie gesagt, die Perspektive stimmt leider nicht. Danke
(Applaus Grüne).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina SCHRÖCK

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie!

Mit der Konstituierung des Gemeinderates am 25. Jänner dieses Jahres habe ich neben meinen alten Ressorts noch sehr viele neue Verantwortungen hinzubekommen. Neben Soziales, SeniorInnen und Frauen bin ich jetzt auch zuständig für das Amt für Jugend und Familie ohne die Kinderbildung- und -betreuung, den Bereich der Wissenschaft im Kulturamt, das Kindermuseum und das neue Ressort Arbeit und Beschäftigung. Damit hat sich natürlich auch mein Budgetvolumen, das ich jetzt verantworten darf, massiv erhöht. Insgesamt sprechen wir von einem Eckwert von knapp 89 Millionen im Jahr 2013 und 90.000 Millionen im Jahr 2014, das entspricht 2013 rund 27 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Graz und im nächsten Jahr von 24 %. Wesentlich ist natürlich in meinem Bereich, dass man dazusagen muss, dass der Hauptteil in gesetzliche Leistungen geht, das ist sowohl im Sozialamt der Fall als natürlich auch im Amt für Jugend und Familie, das sind einfach die größten Brocken, dafür ist mein Anteil in der außerordentlichen Gebarung, ich sage es einmal so, sehr mickymaushaft. Im Jahr 2013 sind es 240.000 Euro an Investitionsbudget und im Jahr 2014 jetzt einmal 295.000 Euro. Ich werde mich jetzt bei meinen Erläuterungen bei den Zahlen ein wenig zurückhalten, Sie können die genauen Zahlen ohnedies aus dem Budget nachlesen, sondern ich werde mich wirklich auf die Schwerpunkte und vor allem auch auf die Veränderungen konzentrieren.

Nachdem mein Herzblut bei allen Bereichen, für die ich zuständig sein darf, das gleiche ist, gehe ich jetzt einfach nach dem Budgetvolumen vor und beginne damit beim großen Brocken, beim Sozialamt. Das liegt mit einem Eckwert von 64.261.800 Euro für 2013 und über 65 Millionen Euro für 2014 in meinem Bereich immer noch weit voran. Wie schon gesagt, der Hauptteil sind gesetzliche Leistungen. Im Sozialamt rund 51 % der Ausgaben gehen in die stationäre Pflege, gehen in die Zuzahlung zu

Heimen, sprich in die Betreuung und die Pflege von älteren und pflegebedürftigen Menschen. Rund 30 % der Ausgaben gehen in die Behindertenhilfe und nur rund 11 % in die Mindestsicherung. Ich denke, das ist einmal eine wirklich interessante Information, die Ihnen allen sicher in dieser Art und Weise so nicht bewusst war. Die verbleibenden acht Prozent gehen zu gleichen Teilen für Personalkosten auf, für die freiwilligen Leistungen wie die mobilen Dienste, die Tageszentren, die Zentralküche und die Subventionen. Auch die SozialCard fällt unter die freiwilligen Leistungen und ich denke, die SozialCard haben wir in der letzten Periode hier im Gemeinderatssaal sehr eingehend diskutiert, sehr lange verhandelt und wir können als Gemeinderat der Stadt Graz sehr, sehr stolz auf diese Karte sein. Die SozialCard unterstützt Menschen, die es schwer haben, die ein geringes Einkommen haben mit speziellen Beihilfen, aber auch mit konkreten Ermäßigungen. Es war mir deshalb besonders wichtig, beim Thema Gebühren genau hinzuschauen. Ich muss auch dazusagen, ich stehe hinter der Gebührenautomatik, denn wenn man Geld ausgibt, muss man auch schauen, wo das Geld hereinkommt. Aber wir haben als Sozialdemokratie immer gesagt, wir wollen das fair machen und wir wollen das auch sozial gerecht machen. Wir werden in diesem Budget auch so verankert eine Gebührenabfederung durchführen können in der Höhe von 15 Euro für den Haushalt, für den einzelnen Haushalt, die Gebührenerhöhung beträgt 16,93 Euro, das ist also fast eine hundertprozentige Abfederung und eine fast hundertprozentige Refundierung der Mehrkosten, die in diesem Budget verwirklicht werden konnte (*Applaus SPÖ*).

Das Sozialamt hat sehr große Herausforderungen im letzten Jahr bewältigen müssen. Einerseits wurde die Mindestsicherung eingeführt, das hat bedeutet, dass es eine komplette Systemumstellung gegeben hat. Andererseits haben wir eben auch die SozialCard eingeführt, das ist bei diesem großen Kreis an Anspruchsberechtigten natürlich auch ein sehr großer Aufwand. Wir haben im Bereich der Sozialarbeit das Case-Management verankert und hier auch eine entsprechende Personal- und Organisationsentwicklung im Bereich des Sozialamtes gemacht. Die Anforderungen und die Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialamt hat sich, wie gesagt, sehr stark verändert, die Fallzahlen im Sozialamt steigen von Jahr

zu Jahr und man muss auch dazusagen, dass die Kundinnen und Kunden des Sozialamtes nicht immer ganz einfach sind. An dieser Stelle möchte ich einen ganz lieben Gruß an unseren lieben Kollegen, den Franz Ferstl, schicken, der nach dem Messerattentat im Jänner seinen Dienst jetzt wieder aufgenommen hat im Sozialamt und dem es im Großen und Ganzen ganz gut geht, Gott sei Dank. Trotzdem bleiben die Wunden zurück, nicht nur die körperlichen Wunden, sondern auch Wunden in Form von Angst und einfach einer traumatischen Situation, die nicht nur den Franz Ferstl selbst betroffen hat, sondern alle MitarbeiterInnen und KollegInnen von Franz Ferstl getroffen hat. Deswegen ist es mir auch wichtig, wirklich in Sicherheitsmaßnahmen im Sozialamt zu investieren, die Räumlichkeiten einladend zu gestalten und was wirklich ganz wichtig ist, auch die personellen Ressourcen in der notwendigen Art und Weise zur Verfügung zu stellen, denn wir wissen, dass gerade der Bereich der Mindestsicherung der offenen Sozialhilfe ein Bereich ist, wo wir wirklich immer mit Personalknappheit zu kämpfen hatten in den letzten Jahren (*Applaus SPÖ*). Im heute zu beschließenden Dienstpostenplan sind jetzt einmal nur die fälligen Anpassungen enthalten, es folgt dann noch eine große Überarbeitung des Dienstpostenplanes hin in Richtung Herbst und in diesem neuen Dienstpostenplan werden dann auch die entsprechenden notwendigen Aufstockungen im Bereich der offenen Sozialhilfe beziehungsweise der bedarfsorientierten Mindestsicherung berücksichtigt werden. Ich habe Ihnen, das haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihnen jetzt verteilt, eine Broschüre aufgelegt, manche von Ihnen kennen sie schon, sie stammt aus dem letzten Jahr, aber nachdem viele neue Gesichter im Gemeinderat sind, habe ich beschlossen, Ihnen das heute noch einmal zur Verfügung zu stellen. Das ist eine Broschüre, wo einfach einmal ganz klar dargelegt wird, was macht das Sozialamt, welche Kosten fallen im Sozialamt an, wo geht das Geld hin. Wir kennen die Diskussionen in den Medien, in der Öffentlichkeit, wo es immer wieder heißt, die Sozialkosten explodieren und man muss im Sozialbereich sparen. Was würde es heißen, wenn die Sozialkosten eingespart werden? Auf diese Fragen soll diese Broschüre eine Antwort geben, das ist Teil der Kampagne „Sozial verbindet“, die zum Ziel hat, den Begriff des Sozialen zu diskutieren, wieder neu zu definieren,

den Sozialbegriff nicht als Armutsverwaltung zu verstehen, sondern als Zusammenhalt, als solidarische Gesellschaft wieder stärker in Graz zu verankern.

Lieber Gernot Wippel, ich freue mich, dass du da bist. Ich danke dir für die großartige Arbeit, bitte richte diesen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Ich weiß, dass ich euch immer wieder vor große Herausforderungen stelle und danke, dass ihr diese Herausforderungen immer wieder schafft. Vielen, vielen Dank (*Applaus SPÖ*).

So ich komme nun zum nächsten großen Brocken, dem Jugendamt, das neue Amt für mich, ein sehr quirliges, kommunikatives, kreatives Amt, für das ich jetzt zuständig sein darf. Ein Amt, das aber auch eines der schwierigsten Aufgaben überhaupt zu meistern hat, nämlich die Jugendwohlfahrt. Das Amt für Jugend und Familie geht in diesem Bereich eigentlich jeden Tag den Weg einer Gradwanderung, denn da gibt es die einen, die meinen, dass das Jugendamt zu nachlässig ist, zu wenig eingreift und da gibt es auch die anderen, die meinen, dass sich das Jugendamt zu sehr in ihre familiäre Situation einmisch. Ich kenne das Jugendamt jetzt noch nicht sehr lange, aber ich traue mich das sagen, ich kenne es doch sehr, sehr gut, ich habe mich in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr intensiv inhaltlich tief eingearbeitet und ich habe mich wirklich überzeugen können, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt sehr, sehr professionell arbeiten, sehr engagiert arbeiten, immer den fachlichen Diskurs suchen und vor allem immer entlang der gesetzlichen Grundlagen, sehr, sehr engagiert nach Lösungen suchen und auch, wenn etwas Schreckliches passiert, was heuer ja schon der Fall war und das Jugendamt ins Kreuzfeuer der Medien kommt, muss ich wirklich sagen, geht das Jugendamt, gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter äußerst professionell mit solchen Situation um. Liebe Ingrid Krammer, dir stellvertretend ein herzliches Dankeschön dafür und wirklich meine größte Hochachtung, wie unglaublich toll du mit dieser Situationen, wie unglaublich toll ja alle mit dieser Situation umgehen, dass ihr sehr offen seid, dass ihr selbstkritisch seid und dass ihr wirklich bis in die Tiefe gehen wollt, damit man solche Vorkommnisse, wie sie leider passiert sind, in Zukunft möglichst verhindern können. Ich sehe auch die Franziska Feichtinger und die Karin Breier, auch euch

beiden ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit im Budgetbereich im Jugendamt (*Applaus SPÖ*).

Die Eckwerte ganz kurz. Im Jahr 2013 bei 20.790.000 Euro und für 2014 ein bisschen weniger 20.641.000 Euro. Was ist der Schwerpunkt, was ist das große Ziel? Das übergeordnete Ziel ist, Graz zu einer kinderfreundlichen, familienfreundlichen Stadt zu machen, zu einer Stadt zu machen, die ganz klar ja zu Kindern sagt, die Kinder willkommen heißt, die Kinder in den Mittelpunkt stellt, die Familien jene Unterstützung anbietet, die sie in ihrer konkreten Situation ganz einfach brauchen. Graz geht da seit einigen Jahren schon einen neuen Weg im Bereich der Jugendwohlfahrt; mit dem 1. Jänner 2010 ist das Pilotprojekt gestartet mit der Sozialraumorientierung und dem dazu passenden Sozialraumbudget. Ziel ist es, einfach passgenaue, wohnortnahe und an Menschen orientierte Hilfeleistungen zu definieren und die Ressourcen, die rund um einen Menschen einfach zur Verfügung stehen, zu aktivieren. Das Wichtige, denke ich, und so kann man es immer kurz zusammenfassen, Sozialraumorientierung arbeitet auf Augenhöhe und betrachtet den einzelnen Menschen einfach als Experten, als Expertin für sein oder ihr eigenes Leben. Das Finanzierungsmodell, das Sozialraumbudget, ist ja natürlich passend zum Pilotzeitraum eingesetzt worden und diese Finanzierung erlaubt flexiblere Lösungen und motiviert auch zu einer raschen Zielerreichung. Das Positive ist, dass diese Maßnahmen nicht nur äußerst wirkungsvoll sind, sondern dass es auch im Budget positive Auswirkungen hat. Seit 2012 wagt man aufgrund der Ergebnisse der Vorjahre und Erfahrungen, dass man den Voranschlag deutlich geringer ansetzt im Bereich der Jugendwohlfahrt, es gibt also keine Steigerung, sondern eine Verringerung des Voranschlages. 2012 waren zum Beispiel 22,2 Millionen angesetzt, 2013 sind es 20,5 Millionen Euro. Aber ich glaube, Sparen ist immer gut und immer wichtig, gerade in einer finanziell schwierigen Situation, aber ich glaube gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt ist es nicht das Wichtigste, da geht es darum, dass wir Menschen selbständig machen, dass wir Menschen dazu begleiten und betreuen können, dass sie ihr Leben wieder alleine meistern können, und bei einer kürzlich erfolgten Evaluierung haben wir gesehen, dass auch diese Ziele sehr, sehr großartig erreicht

wurden. Das heißt, es geht jetzt wirklich auch darum, dieses Pilotprojekt, das finanziell und inhaltlich sehr, sehr erfolgreich ist, jetzt auch in einen Regelbetrieb zu bekommen. Ich stehe mit dem Land Steiermark hier in entsprechenden Verhandlungen. Der Bereich der frühen Hilfen, ich habe es schon gesagt, die Stadt Graz soll eine Stadt sein, die Kinder willkommen heißt, da haben wir einerseits die Betreuungs- und Begleitungsangebote für Eltern ausgebaut. Aber 2014 wird es auch wieder Geburtsvorbereitungskurse geben, wird es logopädische Frühförderung geben, wird es Elternberatung auch am Nachmittag geben, also wir bauen qualitativ und quantitativ aus und wir heißen alle neuen Grazerinnen und Grazer mit einem Willkommensscheck von 40 Euro willkommen. Mit diesem 40-Euro-Gutschein kann man in den Innenstadtgeschäften der Stadt Graz Babyzubehör kaufen.

Mit 2. Mai hat die unabhängige Ombudsstelle im Bereich der Jugendwohlfahrt ihre Arbeit aufgenommen. Ich habe da einen sehr guten Experten gewinnen können, den Herrn Mag. Alexander Sadilek, der diese Ombudsschaft für die Stadt Graz abwickelt. Diese Stelle ist weisungsfrei und steht allen Grazerinnen und Grazern ab dem 14. Lebensjahr zur Verfügung. Es ist einfach das Ziel von mir, einen weiteren niederschweligen Zugang zu schaffen, gerade vielleicht für Jugendliche, die sich noch nicht selber aufs Amt trauen oder vielleicht auch Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht mit dem Amt kommunizieren wollen. Diesen Menschen steht künftig diese Ombudsstelle zur Verfügung (*Applaus SPÖ*).

Jetzt muss ich leider noch einmal zu dem unangenehmen Thema kommen, die Reflexion und Aufarbeitung der sexuellen Übergriffe in einer Jugendwohngemeinschaft ist natürlich heuer auch ein Schwerpunkt in meiner Arbeit. Sie wissen, wir haben insgesamt vier Wohngemeinschaften, vier sozialpädagogische Einrichtungen und bieten insgesamt 35 Plätze für Kinder und Jugendliche an. Aufgrund der Vorkommnisse, die vor kurzem ja bekannt wurden, habe ich einige budgetrelevante Entscheidungen getroffen. Einerseits haben wir in der betroffenen Jugendwohngemeinschaft natürlich einen Aufnahmestopp gemacht, wir haben den Betreuungsschlüssel in allen Jugendwohngemeinschaften angehoben. Wir machen eine wirklich sehr ausführliche, sehr tiefgehende Analyse, Reflexion, Begleitung,

Schulung, nicht nur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der konkreten Einrichtung, sondern wirklich für alle MitarbeiterInnen auch in den anderen Wohngemeinschaften und auch bauliche Maßnahmen sind hier noch zu setzen. Welche konkreten Schritte das dann schlussendlich sein werden, das werden wir dann im Jugendausschuss besprechen, wenn wirklich auch die Prüfberichte, die jetzt noch ausständig sind, alle vorliegen, wenn die Berichte der ExpertInnen vorliegen und wir uns dann wirklich ein rundes und schlüssiges Bild machen können.

Zum erfreulicheren Teil, die Jugendzentren und Jugendtreffs, die erfahren heuer eine Qualitätsoffensive, einerseits gibt es noch zwei zusätzliche, eines habe ich ja vor kurzem eröffnen können, ein weiteres wird in Andritz im Herbst eröffnet, damit haben wir 15 Einrichtungen an der Zahl und es gibt auch mehr Personalausstattung also eine zusätzliche Kraft, für jedes Jugendzentrum.

Nachdem ich nicht alle Bereiche und alle Projekte in dieser kurzen Zeit berichten kann, muss ich jetzt schon wieder weiterspringen und komme zum Bereich der Wissenschaft. Da sprechen wir von einem Eckwert für beide Jahre von rund 1,4 Millionen Euro. Hier ist natürlich vorwiegend das Geld dafür da, die Wissenschaft zu fördern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern. Da möchte ich einfach gewisse Stoßrichtungen vorgeben und gewisse Schwerpunkte vorgeben. Ein Schwerpunkt wird der Bereich Arbeit und Beschäftigung sein. Es wird auch wichtig sein, die Bereiche sexualisierte Gewalt gut zu erforschen, aber auch Magersucht und Bulimie und im Bereich Arbeit und Beschäftigung wird es mir auch ganz konkret darum gehen, konkrete Angebote für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu finden, die nach der Uni fertig sind und nicht sofort in den Arbeitsmarkt hineinfließen, also spezielle Unterstützung auch für diese Personengruppe und ein kleiner Teil noch, auf den ich aufmerksam machen möchte, Graz ist eine besondere Hauptstadt in Österreich, Graz ist nämlich die Hauptstadt der Raumfahrt, das wissen leider ganz, ganz wenige, wir sind da absolute Experten und Expertinnen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Wir schon.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir herinnen schon, aber die Menschen außerhalb dieses Saales wissen es leider viel zu wenig und ich glaube, das sollten wir, der Kollege Piffli-Percevic weiß es natürlich, und wie gesagt, wir alle da herinnen wissen es, aber gehen Sie einmal auf die Straße und fragen Sie die Leute, ob sie das wissen, das wissen ganz wenige und ich glaube, da sollten wir wirklich einen Fokus darauf legen und sollten bei den Schulen, den Kindergärten ganz früh ansetzen und den Grazerinnen und Grazern einfach zeigen, dass wir hier wirklich was haben, auf das wir sehr stolz sein können.

Klein und fein ist mein Anteil im Kulturamt. Die Arbeitsqualität von Peter Grabensberger ist groß und dafür möchte ich dir, lieber Peter, und deinem gesamten Team, das mich in diesem Bereich unterstützt sehr, sehr herzlich danken (*Applaus SPÖ*).

Ich bin leider viel, viel zu lange, ich habe noch drei Bereiche. Ein Bereich ganz kurz, das Kindermuseum, ich freue mich sehr, dass ich dafür zuständig sein kann. Sie kennen alle dieses Kindermuseum, Sie wissen alle, dass es international einen unglaublich guten Ruf hat, dass es Ausstellungen des Kindermuseums schon bis nach Trinidad and Tobago geschafft haben und ich freue mich, dass das Kindermuseum endlich eine Valorisierung bekommt und eine Aufstockung von 1,2 auf 1,4 Millionen Euro im Jahr künftig zur Verfügung hat.

Jetzt komme ich zum Bereich Frauen und Gleichstellung. Dieser Bereich ist natürlich ein Querschnittsthema, das in allen Bereichen des Hauses Graz Niederschlag findet. Wir haben ja im letzten Jahr den Gleichstellungsaktionsplan beschlossen und die ersten Ergebnisse und Umsetzungen stellen sich bereits ein. Dafür verantwortlich ist das Referat Frauen und Gleichstellung, da darf ich dir ganz herzlich danken, liebe Priska Pschaid, für die sehr, sehr harte Knochenarbeit und das sehr große Engagement, das du und dein ganzes Team jeden Tag an den Tag legst, vielen Dank

dafür (*Applaus SPÖ*). Der Eckwert im Referat Frauen und Gleichstellung ist leicht angestiegen, das war in den vergangenen Jahren ja nicht immer so, liebe Daniela Grabe, da habe ich gehört, ich soll froh sein, dass das Budget nicht gekürzt wird, das möchte ich hier an dieser Stelle auch dazusagen. Inhaltlich konzentrieren wir uns heuer im Referat Frauen und Gleichstellung auf das Thema Körperbewusstsein, wir werden viel Sensibilisierungsarbeit machen, Projekte dazu, wir werden die Subventionen im Frauenbereich auch evaluieren und ein Punkt ist mir noch ganz wichtig, auf den ich hinweisen möchte, die unabhängige Frauenbeauftragte findet sich natürlich im Budget, da läuft ja mit Ende des heurigen Jahres der Vertrag aus und dieser Vertrag wird selbstverständlich, so es alle mitbeschließen, wovon ich ausgehe, verlängert werden.

So und das ganz Neue kommt jetzt ganz zum Schluss, das Ressort Arbeit und Beschäftigung. Sie wissen, es ist eigentlich so, dass Kommunen nicht wirklich eine Zuständigkeit haben, weil die Kompetenzen bei Bund und Land liegen. Trotzdem ist es ein wichtiges Thema, das Thema Arbeit und Beschäftigung ist ein essentielles Thema für Grazerinnen und Grazer und wir als Kommune müssen uns überlegen, welche Strategien wir als Stadt hier verfolgen müssen. Und es geht auch wirklich darum, eine konkrete Person namhaft zu machen, verantwortlich zu machen, wenn Bund oder Land, AMS mit uns in Gespräche tritt, dann gibt es jetzt künftig eine politisch Zuständige und auch in der Verwaltung wird das Ressort oder das Referat Arbeit und Beschäftigung ja noch im heurigen Jahr geschaffen werden. Ganz kurz zur Summe. Es sind Gelder aus unterschiedlichen Bereichen, nicht nur aus dem Sozialamt, aus dem Sozialamt kommt natürlich der Hauptteil, weil ja daraus jetzt schon einiges gefördert wurde. Aber ich bin jetzt auch für den Bereich Jugendbeschäftigung aus der Wirtschaftsabteilung zuständig, im Frauenbereich haben wir spezielle Beschäftigungsprojekte auf der Subventionsliste und alles in allem zusammengefasst stehen also diesem Arbeits- und Beschäftigungsressort 1,3 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Zusätzlich kommt noch rund eine halbe Million, aber nicht pro Jahr, sondern für das gesamte Projekt für die Lehrlingsoffensive, das im letzten Jahr schon begonnen wurde, und weil der Philipp

Pacanda das vorher angesprochen hat, das ist ein wichtiges Thema, das steht auf der Agenda. Im letzten Jahr waren es noch 38 Lehrlinge im Haus Graz und ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass wir Ende des heurigen Jahres sehr, sehr knapp an der Hundertergrenze kratzen werden (*Applaus SPÖ*).

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich habe Sie jetzt sehr, sehr lange beansprucht, Sie merken, ich habe noch immer nicht alles erzählt, alles Ihnen präsentiert, was ich gerne präsentieren würde. Meine Ressorts sind sehr umfangreich, wie gesagt, macht ungefähr ein Viertel des Gesamtbudgets der Stadt Graz aus. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ, ÖVP und FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Siegfried N A G L

Jede Woche kommen die Neunjährigen, die Drittklässler hier ins Rathaus aus den unterschiedlichsten Schulen, um im Rahmen des Unterrichts sich auch das Rathaus, die Innenstadt, die historischen Gebäude und auch den Landtag anzuschauen. Und als ich vor mehr als zehn Jahren Bürgermeister geworden bin, habe ich mir damals gedacht, es wäre ganz schön, wenn wir ihnen nicht nur die Räume zeigen, sondern wenn ich sie einlade, mit mir gemeinsam da einmal so 20/30 Minuten zu verbringen und die Kinder nehmen dann hier Platz, wir wählen dann Bürgermeister und Stadträte, indem ich ihnen einfache Aufgaben stelle und wer am schnellsten diese Aufgaben löst, darf dann heraußen sitzen, dann machen wir eine kurze politische Diskussion, was man verbessern könnte auf der Welt oder in der Schule, es kommen dann zwei, drei Vorschläge, dann wird abgestimmt, dann kriegen die Kinder eine Jause und gehen weiter und schauen sich dann die anderen Räumlichkeiten an.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Könnte man vielleicht auch da machen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das praktiziere ich nunmehr seit zehn Jahren und manchmal fragen sie mich auch nach der Bürgermeisterkette und manchmal bin ich auch im Büro drüben, wo die Kette des Bürgermeisters auch ausgestellt ist, wir tragen sie ja schon seit langer Zeit nicht mehr, aber sie ist ein Symbol. Ab und zu lege ich sie ja bei Ehrenbürger- oder Bürgerfeierlichkeiten auch hier vorne auf die Dokumente und die Kinder fragen mich, was es mit der Kette auf sich hat. Und ich erzähle dann den Kindern, dass der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin eine Kette tragen kann, in ganz Europa, vielleicht auch auf der ganzen Welt, ich habe es noch nie so genau untersucht, weil es ein Symbol für die Gemeinschaft ist. Wenn die großen und die

kleinen Glieder zusammenhalten, dann zerbricht die Kette nicht. Wenn diese Kette reißt, hat auch der Bürgermeister und damit stellvertretend wir alle, die wir im Gemeinderat sitzen oder hier Verantwortung tragen, ein großes Problem, dann funktioniert eben das Runde, das Geschlossene, die Gemeinschaft nicht. Und ich möchte jetzt dort fortsetzen, wo der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg aufgehört hat, indem er sich oft die Frage stellt, machen wir eigentlich die richtigen Dinge und machen wir die Dinge, die wir tun, dann auch richtig? Den Kindern erkläre ich anhand eines Tagesablaufs, wofür wir hier gemeinsam da sind. Ich erzähle ihnen, dass das das wichtigste Zimmer der Stadt ist, neben ihrem Kinderzimmer, weil hier von Ihnen von euch all das beschlossen wird, was das Leben der Menschen in Graz begleitet. Und am Anfang wissen sie nicht so genau, was das ist und dann sage ich, wenn ihr in der Früh aufsteht und der Lichtschalter gibt keinen Strom her und es wird nicht hell im Zimmer im Winter, wer ist schuld, dann sagt manches Mal schon einer, du, Herr Bürgermeister. Sage ich, ja, dann gehen wir zum Händewaschen und es kommt kein Wasser und dann gehen wir hinaus und es kommt der Bus nicht und die Schule hat ein Loch im Dach und die Oma kriegt kein Essen im Heim und der Stadtpark ist nicht gemäht, am Sportplatz gibt es kein Tor, zum Schluss ist der Chor dann vollständig, wer ist schuld, du, Herr Bürgermeister. Das mache ich wahrscheinlich auch deswegen, weil ich auch will, dass meine Nachfolgerinnen und Nachfolger für alles noch schuld sind. Aber ich erkläre Ihnen damit, dass wir uns hier herinnen bemühen, das Leben und das Zusammenleben von Menschen möglichst toll zu gestalten, dass wir helfen wollen, dass der jeweilig einzelne Lebensentwurf auch gelingen kann und dass wir auch, obwohl wir aus 150 bis 160 Nationen stammen, 100 Religionen haben, mehr als 400.000 Menschen hier unterschiedlicher Ausprägung sind, dass wir auch friedlich zusammenleben können. Das ist unsere Aufgabe und wenn es dann zum Budget kommt, und es ist mein 17. Budget, wie der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg schon gesagt hat, weil die ersten fünf Jahre hat er mich ja als mein Büroleiter begleitet und dann habe ich ihn auch das erleben lassen, was er mir jeden Tag vorgeworfen hat, wenn ich müde ins Büro gekommen bin und er hat gesagt, einmal geht es schon noch. Jetzt erlebt er das auch, was es bedeutet, Verantwortung auch zu tragen und

dann frage ich mich, die einen stellen das Budget immer dar als den Himmel, was alles gelingen wird und die anderen beenden eigentlich dann meistens das Wachstum der Stadt oder sprechen eigentlich dem Budget die Chance ab, auch in den nächsten Jahren für eine gute Stadt zu sorgen. Mit Ausnahme der KPÖ habe ich mittlerweile in diesen knapp 15 ½ Jahren mit allen Fraktionen auch wirklich zusammengearbeitet und Budgets abgestimmt, nämlich positiv zugestimmt. Ihr wart die einzige Fraktion, die bisher immer nein zum Budget gesagt hat. Ich habe die ersten fünf Jahre als Finanzreferent mit Alfred Stingl eine Koalition von SPÖ, FPÖ und ÖVP erleben dürfen, ich habe dann fünf Jahre mit einem sehr losen Übereinkommen mit der Sozialdemokratie hier für die Budgetbeschlüsse gesorgt, in den letzten fünf Jahren mit der grünen Fraktion und jetzt eben, wenn ich so sagen darf, fast zurückversetzt in die Zeit von 1998 bis 2003 zurück zu den Ursprüngen, wir haben das auch bei einer Kulturveranstaltung unlängst ausgesprochen. Ein Jahr Trennungsjubiläum, den Trennungsschmerz haben wir beide verwunden. Wir arbeiten wieder in unseren jeweiligen Ressorts. Aber jetzt komme ich zu einem wichtigen Thema. Wir reden über Leitungen, über Projekte, über Kraftwerke, über Schulbauten und, und, und, und dann habe ich auch anlässlich des gestrigen Tages, und das war nicht irgendein Tag, es war der internationale Tag der Familie, der 15. Mai, wieder darüber nachgedacht, ob es nicht wirklich etwas gibt, worüber wir einmal abseits aller Zahlen und aller Projekte diskutieren sollten. Auch deswegen, weil anlässlich dieses Tages auch der Chefredakteur einer Zeitung, der Hubert Patterer, aufgezeigt hat in einem Artikel, dass er glaubt, dass unser derzeitiges, unser gesellschaftlicher Entwurf, den wir im Moment versuchen hinzukriegen, Beziehung, Familie und Arbeit, ob es nicht eine große Lüge ist, dass das alles vereinbar wäre und es ist auch, und ich habe es von der Sissi bekommen, ein Artikel von Reinhard Fendrich, ich glaube, anlässlich des Muttertages erschienen, den möchte da heute auch hereinholen. „Meine Eltern sind fast 60 Jahre verheiratet, die haben auch ihre Auseinandersetzungen gehabt, meine Mutter war eine schöne Frau und mein Vater war irrsinnig eifersüchtig. Aber ich höre von ihnen, weißt du, wir kommen aus einer Zeit, da hat man die Sachen repariert und nicht weggeschmissen.“ An dem Satz kann man sich anhalten. Und wenn die

zuständige Bürgermeisterstellvertreterin die Probleme aufgezählt hat, die wir jetzt auch im Jugendwohlfahrtsbereich haben, wenn uns der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, der jetzt einen neuen Entwurf von uns auch versucht umzusetzen, nämlich Kinder, die wir jetzt anvertraut bekommen, oft schon mit einem halben oder mit einem Lebensjahr begleiten dürfen als Stadt bis zum 15. Lebensjahr und nicht alle zwei, drei Jahre sagen, so, wir sind jetzt wieder fertig, wir geben die Kinder in die nächste Ebene, dann ist das zuerst die Krabbelstube, dann ist es der Kindergarten, dann ist es die Schule, das geht so hintereinander, dann ist es vielleicht die Hauptschule oder die Neue Mittelschule oder das Gymnasium, nach ein paar Jahren werden sie wieder weitergereicht. Wenn der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg uns heute gesagt hat, dass ein Direktor einer Schule meint, dass 30 % der Kinder nur lesen, rechnen und schreiben können nach der Volksschule, dann sollten wir vielleicht auch darüber nachdenken, ob wir als Politikerinnen und Politiker allen Menschen alles versprechen sollen. Ich glaube nämlich, dass es einfach nicht ersetzbar ist, was wir versuchen zu ersetzen und dass wir das auch gesellschaftspolitisch einmal gemeinsam wieder allen Menschen sagen müssen. Ich glaube, dass es ohne eine Eigenverantwortung und ohne Disziplin im Leben auch nicht gehen wird. Und dass viele selbst darüber nachzudenken haben, ob sie alles wegschmeißen oder ob sie auch bei sich zu Hause vieles wieder reparieren. Es ist aus meiner Sicht auch eine Lüge, wenn wir so tun, als könnten wir all das, was zu Hause nicht funktioniert, durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffangen. Die sind nämlich in vielen Bereichen aus meiner Sicht auch total überfordert und können da auch nicht mehr und wir werden auch nicht die Mittel auftreiben und wir können noch so umverteilen und herumschieben, den Reichtum werden wir nie haben, weil er auch immer nur auf Finanzen und auf Ressourcen aufbaut, aber vielleicht nicht mehr auf das aufbaut, was Kinder und Jugendliche und vielleicht alle Menschen dringend brauchen, nämlich Raum und Zeit und auch die Liebe und die Wertschätzung, die sie brauchen. Und deswegen möchte ich an einem Tag wie heute ganz bewusst einmal nicht nur über die Zahlen sprechen, es ist, wenn ich so sagen darf, viel Arbeit gewesen und ich schließe mich auch dem Dank an jene an, die das aufbereitet und jetzt erarbeitet haben. Ich möchte heute

auch einmal das Dankeschön aussprechen an den Herrn Magistratsdirektor, an die Präsidialchefin und die Frau Dr. Zwanzger, an den Herrn Schmalenberg, die auch da vorne sitzen und die dieses ganzheitliche Denken nicht nur für den Magistrat, sondern auch im Hause Graz mit unseren Vorstandsdirektoren übernommen haben und dafür sorgen, dass eben so vieles so klass funktioniert, dass Reformen so getragen werden, dass sie unsere Projektaufträge in der Form umsetzen und dass sie dann auch noch je nach unserer Lust und Laune auch da herinnen, ich sage, Großartiges leisten und uns alles aufbereiten, dieses Dankeschön möchte ich anbringen (*allgemeiner Applaus*), weil ich es auch als Bürgermeister den letzten zehn Jahren vielleicht oft verabsäumt habe zu tun. Ich bin nämlich auch mit einigen Ressorts in der Hauptverantwortung, als Bürgermeister eben für den gesamten inneren Dienst, ich bin zuständig für den Bereich der Sicherheit gemeinsam jetzt auch mit dem Kollegen Eustacchio. Auch hier möchte ich anmerken, dass unser Katastrophenteamreferat, unsere Abteilung für Sicherheit, unsere gesamte Feuerwehr Großartiges leisten und wir auch im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren einiges vorhaben, sowohl organisatorisch als auch was Umbauten anbelangt. Ich möchte auch dem Herrn Baudirektor, dem Bernhard Inniger, der Verena Ennemoser und allen Damen und Herren, die in den Bauämtern, in den Bauabteilungen sitzen, ein riesen Dankeschön sagen, weil wir eine Stadt sind, die so unglaublich wächst wie keine andere Stadt in diesem Land Österreich, prozentuell gesehen wächst niemand so schnell, wie wir gerade wachsen und das bringt mit sich, bei 4.000 neuen Bewohnerinnen und Bewohnern pro Jahr, dass wir auch verdichten müssen und dass es ununterbrochen Baustellen, aber auch Konflikte gibt zwischen Nachbarinnen und Nachbarn, die wir auch dann wieder versuchen, mit Bürgerbeteiligung und mit Gesprächen auch wieder zu einem vernünftigen oder dass wir da vernünftige Wege gehen, also dass wir das gut hinkriegen. Das ist eine unglaubliche Arbeit, die da geleistet wird und wir nehmen die Herausforderung ganz anders an und das möchte ich heute da auch sagen. Ich möchte es ja mit Ihnen, mit euch allen schaffen, dass Graz zur modernsten Stadt Österreichs wird, und modernste Stadt Österreichs heißt einfach, dass man die Herausforderungen, die es gibt,

annimmt und nicht nur einfach erledigt, sondern so erledigt, dass es auch nachhaltig für die nächsten und übernächsten Generationen neue Lösungen gibt. Und wir haben das Thema Smart Cities, wird ja heute noch behandelt und ich bedanke mich gleich bei allen, die es mittragen. Wir haben das Thema Reininghaus, wir haben aber diese ganze Green-Technology-Geschichte, wie man im 21. Jahrhundert vernünftig lebt, arbeitet, Mobilität möglichst vermeidet, dass sie gar nicht erst entsteht, wie man Ressourcen nutzt, wie man effizient Ressourcen austauscht, das ist eines der spannendsten Themen überhaupt und deswegen bin ich gerne auch zuständig für die Baudirektion.

Wir sind Modellregion, wir haben bei der Präsentation unseres ehemaligen Kollegen aus der Kommunalpolitik, Johannes Hahn, der jetzt Kommissar ist und sehr, sehr viel Geld zur Verfügung hat, riesige Fördertöpfe, den haben wir vergangene Woche hier in Graz einladen können, er war da, wir haben ihm einmal gezeigt, was unsere Wissenschaftler, unsere Forschungsbetriebe los haben. Ich habe selber nur mehr gestaunt, wir hatten eine halbe Quadratmeter große Scheibe am Tisch stehen, darauf gab es grüne und orange Farbbänder drauf und bei ganz normalem Innenraumlicht wurde dieses Licht verwandelt in die Energie und der Ventilator ist daneben gelaufen. Der Herr Höllwarth wird mit seinem Unternehmen SFL, er hat ja Murinsel und Kunsthaus schon gebaut, dort bei Smart Cities diesen Turm hinbauen, eingehüllt wie ein Stanitzel in diese Hülle, die Strom erzeugen wird und sein Ziel ist es auch, alle Unternehmungen, die auf dem Gebiet Spitzenklasse und Vorreiterrolle haben, in diesem Turm unterzubringen, damit wir dieses Green Technology werden, von der da manche schon sprechen, dass wir wieder einen Vorsprung haben und zeigen, wie man Betriebskosten runterkriegt, wie man Ressourcen schont, wie man mithilft, dass dieser Erdball mit den Menschen Bestand haben kann.

Das sind also unheimlich spannende Themen und ich glaube auch, Reininghaus wird uns in den nächsten Jahren weiter beschäftigen, weil wir hier Flächen haben, die wir anbieten können, aber die wollen wir nicht einfach nur irgendwie verbauen. Die wollen wir erstmalig wieder so verbauen, dass wir eine Vorzeigestadt werden und vielleicht auch viele von Graz auch wieder etwas mitnehmen dürfen.

Ich werde weiterhin zuständig sein dafür, dass wir gute Gastgeber sind. Gemeinsam mit unseren Universitäten, mit den Betrieben haben wir sehr, sehr viele Konferenzen und Tagungen und damit auch viele Nächtigungen und Arbeitsplätze und es gibt zwei Projekte, auf die wir uns besonders gut vorbereiten. Das eine Projekt findet ja heuer noch statt, Songs of Spirit, und die Interreligiöse Konferenz Community Spirit finden ja vom 15. bis zum 21. Juli 2013 statt. Wird schon schön werden, wenn die Jugend da sein wird, wenn sie ihre spirituellen Lieder, ihre Gospel-Songs da singen werden wieder mit uns gemeinsam hier in Graz und wenn zeitgleich eine Interreligiöse Konferenz in Graz stattfinden wird, die dann im Übrigen auch ein Papier ausarbeiten wird, wie man denn friedlich zusammenleben kann, und die Jugend wird auch vor all diesen Menschen aller Religionsrichtungen dann auftreten und ich glaube, es wird eine sehr schöne gemeinsame Feier auch sein, zu der ich Sie heute schon einladen möchte.

Wir müssen uns vorbereiten auf die Special Olympics 2017, wo wir als Menschenrechtsstadt ein klares Signal aussenden können, dass Menschen mit Behinderung nicht nur zu integrieren sind, sondern dass wir im ganz normalen Alltag mit ihnen zusammenleben und ihnen ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben geben (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Wir werden in puncto Sicherheit weiterarbeiten müssen, dass diese enormen Regenfälle, die wir da haben, und ich habe mir das heute angeschaut, in der kleinen Broschüre „Fakten und Zahlen über Graz“ können Sie die Sonnenstunden ablesen, Sie können dann feststellen, dass es, glaube ich, vielleicht auch noch nie so viel Sonnenstunden gegeben hat in Graz, aber Sie werden auch feststellen, dass die Niederschlagsmengen und die Regen ganz gewaltig kommen. Das heißt, kalt, warm. Das heißt extreme Wetterbedingungen und das hat auch dazu geführt, dass wir mit 82 Liter pro Quadratmeter und Tag weiterarbeiten müssen, dass in Graz im Stadtgebiet die Hochwasserverbauungen bestmöglich weitergehen. Wenn wir das alles umsetzen, was jetzt am Reißbrett liegt, was wir jetzt schon planen, was wir jetzt schon verhandeln, dann werden das, wie es Thomas Rajakovics heute mit einem Zwischenruf schon einmal gesagt hat, 80 Millionen Euro sein und meinem

Geburtstagskollegen möchte ich auch wieder zurufen, selbstverständlich nehme ich auch gerne seine 15.000 Euro Parteienförderung, wir können jeden Euro auch dort gebrauchen, aber es werden, wie gesagt, zum Schluss 80 Millionen sein. Wir wissen, es gibt ungefähr eine Drittel-Förderung, der Bund und das Land werden die Beträge, die wir eingesetzt haben, nämlich jetzt vier Millionen für die nächsten beiden Jahre, ja mindestens um dieselben Beträge ,meistens sogar mehr, auch noch anreichern müssen.

Ich bin auch zuständig für die Abteilung Grünraum und Gewässer und damit habe ich eine ganz, ganz wesentliche Aufgabe, nämlich darauf zu achten, dass neben der Verdichtung und neben dem Verbauen auch die Grünräume und die Erholungsräume da sind, die die Menschen brauchen werden. Da werden wir eine Million in den nächsten beiden Jahren einsetzen für den Bereich des Stadtparks und unserer Parkanlagen, wir werden gemeinsam bemüht sein, der Kollege Rüschi und ich, dass wir auch dafür sorgen, dass weiter Grünraum angekauft wird, das tun wir. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir das immer getan und wir werden es auch künftig tun und wir werden auch dafür sorgen müssen, dass der Feinstaubfonds, wenn es um das Anschließen unserer Fernwärmeoffensive oder Solar- und Photovoltaikflächen geht, dass uns das Geld da auch nicht ausgeht. Ich möchte aber auch dazusagen, dass dieser Topf einmal gefüllt wurde. Heute fragt keiner mehr danach, wo kamen denn diese vielen Millionen, die wir jetzt Jahr für Jahr in diese Solar- und Photovoltaikanlagen hineingepumpt haben, wo sind die hergekommen? Die sind hergekommen aus einer heftigen Diskussion und auch Beschlussfassung hier im Gemeinderat, nämlich dass 49 % unseres Energieunternehmens zur Estag gewandert sind, da war das Ausverkaufsgeschrei damals nicht zu überhören. Heute sind jedes Jahr und jedem Monat, fast jede Woche alle froh beim Stadtsenat, bei diesen Förderungen ein Geld zur Verfügung haben.

Und da bin ich bei einem Punkt angelangt, wo ich der KPÖ ja schon versprochen habe, dass ich noch einmal darauf eingehen werde, wenn ich denn dann auch wirklich darf und da möchte ich schon ein bisschen darauf eingehen, dass ich sage, wenn bei 17 Budgets immer das Nein kommt, dann muss man sich auch den Vorwurf gefallen

lassen, den wir immer wieder sagen, ihr wollt alles haben, aber ihr sagt nicht, wo es herkommen soll. Man muss auch zu gewissen Dingen stehen. Ich habe es heute erklärt und ich werde auch die Unterschriften, die ich bekommen habe, samt Adressen nutzen, den Menschen allen einen Brief zu schreiben und ihnen meine Sichtweise darzulegen. Ich glaube, es ist wichtig und notwendig, dass sie von euch informiert worden sind, dass wieder einmal etwas teurer werden wird und dagegen könnte man schon sein. Ich werde ihnen aber auch sagen, was wir mit diesem Geld tun und wofür und für wen wir es brauchen, nämlich für Mitarbeiter und für Infrastruktur (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*) und ihr wisst das, ich schätze euch, vor allem die, die ich näher kenne persönlich, unheimlich. Ich habe aber politisch, wie gesagt, einen anderen Weg, den ich gerne gehen möchte, einen, der auch auf Leistung setzt, einen, der auf Soziales setzt und auf Nachhaltigkeit. Ihr wisst alle, ich bin auch Präsident des ökosozialen Forums in der Steiermark und ich glaube, dass es nur im Gleichklang gehen wird, nämlich zu akzeptieren, dass es eine Marktwirtschaft gibt, dass diese sozial ausgewogen sein sollte und auf ökologische und nachhaltige Themen eingehen muss. Ich bin mit euch ein Kämpfer gegen den Kapitalismus, aber ich bin auch ein Kämpfer gegen den Kommunismus und manchmal denke ich mir, der Eiserne Vorhang ist weg...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Da kämpft ihr dann nicht mit, ja, aber passt auf, jetzt kommt der Punkt. Also ihr kämpft gegen den Kapitalismus, nämlich der nur auf Gier abzielt, der nie genug kriegen kann, der diese sozialen und nachhaltigen und ökologischen Faktoren eben nicht will. Aber ich bin manchmal fast der Überzeugung, dass es so was wie den Kalten Krieg eigentlich noch immer gibt und wenn wir heute davon

reden, dass, und ihr habt angefangen damit, deswegen nehme ich es jetzt auf, wenn ihr davon sprecht, dass in Spanien schon so viele Menschen keine Arbeit mehr haben und in ganz Europa wir schon so viele Arbeitslose haben, dann gehe ich einmal der Frage nach, warum ist das so. Das waren doch immer Menschen, die fleißig gearbeitet haben, die ihr Handwerk verstanden haben, aber die jetzt plötzlich nicht mehr in der Lage sind zu produzieren. Und warum produzieren sie nicht mehr? Weil sie keine Chance haben, weil in kommunistischen Ländern Menschen so unterdrückt werden, weil in kommunistischen Ländern die Umwelt nicht nur ausgebeutet, sondern zum Teil vernichtet wird und damit Produktionspreise entstehen, die kein normal arbeitender Mensch in Europa, wo keiner mithalten kann und das ist eine der Ursachen dafür. Wenn wir darüber reden, dass Österreich nach dem Krieg einen Marshallplan erlebt hat, weil uns andere Menschen mit Finanzen geholfen haben und wir was daraus gemacht haben, muss ich heute auch sehen, dass viele Banken auch österreichische Banken, zuversichtlich in Länder investiert haben, die der Kommunismus kaputt gemacht hat in den letzten Jahrzehnten und noch einmal, diese Banken haben alle diese Gelder auch jetzt wieder verloren. Dass in kommunistischen Ländern, und du kannst zehnmal dann auch eine andere Meinung haben, ist in Ordnung, aber lasse es mich aussprechen, aus den kommunistischen Systemen heute Menschen, die früher im Kommunismus tätig waren, zu Oligarchen geworden sind und dort schon wieder eine Regime führen und eine Art leben und ein Lebensbild menschenverachtend entwerfen, gehört auch einmal gesagt. Deswegen tue ich auch mir manchmal so schwer, weil ihr immer wieder sagt, es gibt quasi einen anderen Kommunismus. Ich habe eine Bitte und das möchte ich euch heute ernsthaft bitten und wenn es geht, sagt es uns gleich jetzt: Gibt es irgendwo auf dieser Welt eine Stadt, die kommunistisch regiert wurde oder wird, mit der ihr tauschen wolltet?

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Viele italienische Städte...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Zuviel Don Camillo geschaut?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben es einmal eingegrenzt, wir haben es eingegrenzt, von 193 Nationen sind wir in Italien gelandet und wir werden dann noch ausreden, welche Stadt es wirklich ist, mit der ihr wirklich tauschen wollt. Ich meine das ernst und jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt, weil ich auch Zukunftsforscher, wo immer sie auftauchen, versuche sehr zu lesen und einer ist schon, der Matthias Horx ist heute schon zitiert worden, ein Buch von ihm lese ich gerade und da geht es auch ein bisschen, ist hochinteressant, kann es jedem nur empfehlen, da geht es auch ein bisschen darum, wie schaut die Politik künftig aus und haben wir denn alle nicht losgelassen von unseren Parteiideologien und halten noch immer so daran fest, dass wir bei den vielen Lebensentwürfen und der Komplexität unserer Gesellschaft uns selber jetzt wandeln werden müssen. Und wie das ausschauen kann, möchte ich da auch zitieren. „Kreativität ist für das 21. Jahrhundert genauso wichtig wie im 18. Jahrhundert die Fähigkeit einen Pflug zu bedienen“, sagt Edward Glaeser, Ökonom an der weltweit angesehenen Havard University. Und dann gibt es auch noch einen weiteren Satz von ihm, den möchte ich nicht ganz unterstreichen, weil ich ein Wort nicht mag, da schreibt er: „Das Humankapital entscheidet über Erfolg oder Misserfolg einer Stadt.“ Der Mensch und die Kreativität, und deswegen glaube ich, dass wir, und dabei werde ich auch die Frau Vizebürgermeisterin, die im Bereich der Universitäten auch in manchen Fragen mit mir gemeinsam hier unterwegs ist, volle Unterstützung zusagen, auch unseren Universitäten die Chance liegt darin, den Menschen und die Kreativität wieder in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken, dann wird es funktionieren und Kreativität wird abverlangt von jedem von uns in jedem Ressort, wenn er unterwegs ist und das ist mir so wichtig. Ich glaube, jeder von uns muss jeden Tag danach suchen, gibt es neue Lösungen, und wir sollten mit den Menschen auch wieder darüber diskutieren, was wir können und was wir nicht können, weil die Erwartungshaltung in der Politik, die ist viel zu hoch. Und ich weiß, wann Menschen

enttäuscht sind. Menschen sind dann enttäuscht, wenn die Erwartungshaltung zu hoch ist. Das gilt für die einfache Beziehung, das gilt für jemanden in Unternehmen, das gilt aber auch für uns. Die Erwartungshaltung, dass hier 48 Menschen und sieben Stadtreger mit der Verwaltung die Probleme aller Menschen lösen könnten, das ist ein Irrglaube und das haben wir den Menschen auch wieder zu sagen und deswegen brauchen wir auch diese Eigenmotivation, diese Leistungsanreize und vieles mehr. Und ich will euch abschließend eine Ziffer mitgeben, weil in Österreich haben wir nicht viel vergleichbare Städte und es gibt eine Stadt, das ist eben Linz, die sind annähernd so groß wie wir, also mittlerweile haben sie ungefähr 190.000 Einwohner, wir haben 270.000 Einwohner. Mit Wien kannst dich nicht vergleichen, aber mit Linz könnte es gelingen, und da möchte ich zur Finanzgebarung auch etwas sagen. Die Schulden von Linz und zwar jene, die wir vergleichen können, jene die, wir sind die einzige, die konsolidiert betrachten, deswegen haben wir je nach Zeitung eine Milliarde oder 1,9 Milliarden Euro. Wir haben also 1,09 Milliarden Euro momentan an Schulden und Verbindlichkeiten, für die wir haften, einzige Gebietskörperschaft, die das tut. Wenn du unseren Normalschuldenstand hernimmst, dann schaut es so aus, dass die Stadt Graz im Rechnungsabschluss 2007 453 Millionen Euro hatte und im Rechnungsabschluss 2011 468 Millionen Euro, im Rechnungsabschluss 2012 440 Millionen. Im gleichen Zeitraum hat Linz, also wenn man so will, bei uns ist seit 2007 die Verschuldung der Stadt allein gesehen sogar gesunken um 13 Millionen Euro. Die Stadt Linz hatte im Rechnungsabschluss 2007 359 Millionen Euro und mittlerweile im Rechnungsabschluss 2011 614,9 Millionen Euro. Jetzt gibt es wahrscheinlich auch innerhalb von Linz wahnsinnig viele Verschiebungen, Auslagerungen, es ist schwer zu vergleichen, weil sich keiner so wie wir darstellt. Aber Faktum ist, dass wir, wenn wir das, die Pro Kopf-Verschuldung, uns anschauen und auch den Umstand, dass jedes Jahre mehr Menschen dazugekommen sind, dann schaut die Pro-Kopf-Verschuldung von Graz so aus, dass im Rechnungsabschluss 2007 jede Grazerin und jeder Grazer 1.717 Schulden hatte und heute mit Rechnungsabschluss 2012 jede Grazerin und jeder Grazer mit 1.666 Euro quasi in der Kreide stehen würde. In Linz hatten wir 1.882 im Jahr 2007, heute sind es 3.223, und das ist unser aller gemeinsamer Erfolg, weil

die Reformprozesse, die wir durchgezogen haben, die grandiose Arbeit unserer Finanzdirektion, das Begleiten unseres Rechnungshofes und unserer beiden Rechnungshofdirektoren in diesem Zeitraum hat Unglaubliches bewegt und deswegen wären wir mit einer Gesamtsumme von heute 2,2 Milliarden Euro, einem Investitionsvolumen von 250 Millionen Euro bei vielen Städten Europas und der Welt gern gesehene Gäste. Und jetzt gilt es, das wieder bestmöglich einzusetzen, ein bisschen tut es mir weh, dass die Grünen nicht mitgehen, wir haben nichts Wesentliches verändert in der Gebarung. Wir haben sogar Möglichkeiten eröffnet, dass jemand jetzt zum Gesamtbudget ja sagt, aber im Detail auch nein sagt, das heißt, wir werden im Stadtsenat auch manchmal auch Projekte beschließen, wo vielleicht auch eine freiheitliche Partei oder wir auch nicht dabei sind, wir haben es möglich gemacht. Und das gesamte Spektrum gilt es im Auge zu behalten, aber vergessen wir auch nicht, den Menschen zu sagen, dass wir nicht alles schaffen werden, sonst ist diese Erwartungshaltung und damit die Enttäuschung über Politik viel zu groß (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R Ü S C H

Ich hoffe, Sie erlauben mir noch, einfach auf einige Themen, die zum Budget genannt worden sind, kurz zu replizieren. Und zwar würde ich das gerne unter dem Stichwort machen, einfach ein bisschen hinter vielen Argumenten die Luft herausnehmen, weil ich erstens einmal auch nicht den großen Wandel und den großen Wechsel in der Budgetpolitik erkennen kann und vor allem auch, weil ich, und das gilt für die Grünen und für die KPÖ, beide Extremstandpunkte eigentlich überhaupt nicht teilen kann. Wenn ich die Ina Bergmann nehme, dann habe ich auch das Gefühl, hier regiert totaler Kulturpessimismus, es ist sozusagen, die Immobilienprojekte sind aus, Rücklagen sind aufgebraucht, das Eigenkapital in den Beteiligungen geht nach unten und sozusagen, man hat den Eindruck, wir stehen kurz vor dem Budgetkollaps. Ich kann Ihnen nur eines versichern, alles das, was Sie gesagt haben mit den Immobilienprojekten, dann mit den Rücklagenauflösungen, das ist selbstverständlich im Budget eingearbeitet. Auch dass wir im Jahr 2013 keinen Rückfluss von der Holding haben bezüglich der Pensionsauflösung, das ist alles im Budget eingearbeitet und wir sind trotzdem zu den Zahlen gekommen, die ich hier genannt habe. Das ist mir in dem Fall ein ganz wichtig, beim Eigenkapital möchte ich gerne erwähnen, stimmt überhaupt nicht, im Gegenteil, wir haben auch in den letzten Jahren das Eigenkapital zum Beispiel von der Holding sogar aufgewertet, also aufgestockt und bei der GBG gibt es ebenfalls mehr Eigenkapital als früher. Aber nochmals, es ist einfach wichtig, dass diese Dinge berücksichtigt sind. Ich weiß auch nicht, ich tue mir ein bisschen schwer auch mit der Klage, dass in manchen Bereichen einfach Mindestlöhne bezahlt werden. Klar, je mehr man verdienen kann, umso besser ist es. Aber Mindestlöhne sind immerhin Ergebnisse von Tarifverhandlungen, von Tarifpartnern, die an einem Tisch sitzen und dann einen Kompromiss schließen. Ich denke auch, wenn in Österreich an allen Stellen wirklich immer auch die Mindestlöhne bezahlt werden würden, dann wäre es wahrscheinlich in einigen Bereichen und in einigen Fällen wahrscheinlich auch durchaus besser. Soviel zur KPÖ.

Zu den Grünen auch einmal, kann ich nur wiederholen, was der Bürgermeister gesagt hat, tut es mir ein bisschen leid, dass da keine Zustimmung kommt und ich kann es auch nicht ganz verstehen. Ich möchte gerne zwei oder drei Argumente nehmen. Das erste ist der Vorwurf, in der Subventionsordnung sind namentliche Subventionen in einen nicht namentlichen Budgettopf zusammengefasst worden. Ich glaube einfach, dass da die Grünen sozusagen ihrer eigenen Argumentation auf den Leim gegangen sind. Ihr habt immer gesagt, es ist eine Dreierkoalition. Es war nie eine Dreierkoalition, sondern es war eben die neue Situation, dass sich drei Parteien einigen mussten, und das ist ja für Österreich relativ neu, wird in Hinkunft wahrscheinlich öfter vorkommen und da ist einmal klar, dass vielleicht eine größere Unsicherheit zunächst gegeben ist und die sollte abgedeckt werden, abgesichert werden, indem man sagt, wir müssen uns auf jeden Fall für das Budget einigen, das ist gelungen, das ist in einem Ausmaß gelungen, um ehrlich zu sein, das wir vor fünf Jahren bei Beginn unserer Koalition nicht hatten. Wir haben diesmal bedeutend mehr Richtlinien oder in die Richtung der Budgetkonsolidierung, Stabilisierung festgelegt, und das ist es. Wie dieser Raum ausgefüllt wird, waren sich alle drei Parteien einig, wir im Einzelfall erledigen. Das was hier unter Diverses steht, wird wahrscheinlich schon das nächste Mal oder in zwei Wochen oder in drei Wochen als Subventionsantrag in den Stadtsenat eingebracht und dann wird sich eben zeigen, wie sich die Mehrheiten ergeben. Ich sehe darin an und für sich durchaus einen sehr gescheiterten und durchaus sehr pragmatischen Ansatzpunkt. Zweite Geschichte ist, die 100 Millionen, die so irritieren, wir wissen ganz genau, wenn wir jetzt abfragen, welche Projekte sollen kommen, dann haben wir einen Topf von 400 Millionen Euro. Das ist unbewältigbar und das ist nicht nur von der Finanzierung unbewältigbar, das ist auch unbewältigbar von der Umsetzung her. Das hätte, glaube ich, gar keinen Zweck, sodass wir einen andere Weg beschritten haben und ich finde den Weg durchaus klug und durchaus auch sehr gescheit, indem wir gesagt haben, liebe Leute, alle, die Projekte haben, sollen sich genau überlegen, wie können diese Projekte finanziert werden. Wir haben zum Beispiel bei diesen 100 Millionen selbstverständlich noch keine Landesförderungen dabei. Wir wissen ja auch nicht, in

welchem Ausmaß wir sie bekommen, wir haben keine Bundesförderungsmittel dabei, das sind Dinge, die diesen 100-Millionen-Topf erweitern und aus diesem Grund kann ich da auch das Verwerfliche oder Nicht-Visionäre, was auch immer, nicht feststellen.

Im Übrigen, lieber Gerhard Wohlfahrt, wenn du schon sagst und wenn du schon aufzählst, was alles gemacht worden ist und was jetzt eben auch ausgeführt wird und fertiggestellt wird, das waren ja Projekte, die wir gemeinsam beschlossen haben. Ich nehme nicht an, dass sich die Grünen jetzt von diesen Projekten distanzieren (*Applaus ÖVP*) und wenn wir schon sehr genau sind, diese Projekte haben einen Realisierungszeitraum von fünf, sechs, sieben und acht Jahren und ich darf zum Beispiel nicht ganz un stolz zum Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof sagen, dass in meiner Zeit, als ich Verkehrsstadtrat war, noch vor der Lisa Rücker, nämlich am 19.9.2007 die erste Projektgenehmigung für die Planungsphase der Nahverkehrsdrehscheibe Graz Hauptbahnhof, als diese Projektgenehmigung erteilt wurde (*Applaus ÖVP*). Ich denke aber, dass liegt einfach in der Natur der Sache, solche Projekte dauern länger und ich finde da nichts Verwerfliches, wenn wir ein so großes Investitionsvolumen haben und das bitte ich schon zu merken, das bitte ich auch zu registrieren, das Investitionsvolumen für die gesamte Periode ist nicht merklich kleiner als für die letzte Periode. Und für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie ist es nicht entscheidend, ob wir jetzt ein neues Projekt haben oder ob wir ein schon beschlossenes Projekt fertig ausführen. Es sind Arbeitsplätze und es ist das, was eine Stadt tun kann. Der letzte Punkt bei den Grünen ist noch der Abänderungsantrag, der kommen wird. Und zwar der Abänderungsantrag, dass wir in Hinkunft auch die Stimmrechtermächtigung jedenfalls immer eigens im Gemeinderat beschließen. Inhaltlich kann ich dem voll zustimmen, aber ich finde den Antrag ehrlich gesagt kurios. Und zwar, da wird von den Grünen ein Antrag gestellt und der wird durchgehen, ein Abänderungsantrag, und dann werden wir über das Budget abstimmen und dann werden die Grünen wiederum gegen ihren eigenen Abänderungsantrag stimmen, weil der ist ja dann Teil des Budgets. Also ein

Abänderungsantrag, der durchgeht und dann seid ihr aber gleich wieder gegen diesen Abänderungsantrag, weil er im Rahmen des Budgets ist.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Habt zum Glück eh keine Mehrheit.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ein bisschen schwanger.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einen letzten Punkt möchte ich noch sagen, der mir selber auch am Herzen liegt und bei dem wir auch sicherlich große Anstrengungen unternehmen werden, damit man das gut unter Dach und Fach bringen, das ist die ÖV-Finanzierung. Zunächst einmal darf ich auch hier darauf hinweisen, dass wir sehr viel gemacht haben im Laufe der letzten fünf Jahre für den ÖV, aber eine Erweiterung des Straßenbaunetzes werden wir in der jetzigen Periode erreichen, haben wir nicht erreicht in der letzten Periode, nämlich die Linie 7. Das soll durchaus auch hier erwähnt werden. Wir wissen auch, dass der Parkraumtopf für das Jahr 2013 reicht mit den Zusatzangeboten, danach müssen wir eine neue Finanzierung finden, wir wissen alle, und ich denke, das wird auch in nächster Zeit kommen, dass wir dafür als wichtigste Methode oder als wichtigstes Instrument die Erhöhung der Parkraumgebühren benötigen, das ist auch vorbesprochen, es wird auch kommen, damit ist auch dieser Teil gesichert. Ich denke, ebenfalls etwas, was durchaus im Sinne von allen Parteien hier in diesem Gemeinderat gelegen ist.

Dann darf ich mich noch bedanken für die Komplimente bezüglich der Transparenz, das ist mir und auch durchaus der Finanzdirektion am Herzen gelegen, hier so gut wie möglich zu informieren und ich möchte auch nicht vergessen noch einigen Personen

zu danken und zwar zunächst einmal möchte ich zusätzlich erwähnen bei der Finanzdirektion den Herrn Walter Steiger und zwar deshalb, der Herr Walter Steiger hat sich intensiv mit den Finanzierungen beschäftigt und diese Finanzierung ist gerade, wie wir wissen, in der jetzigen Zeit ein sehr wichtiger und sehr kritischer Bereich, der ist da sehr, sehr kompetent und hat eine sehr große Erfahrung. Zusätzlich möchte ich gerne sagen, dass der Herr Klemmer von der Druckerei, einer der Produzenten von den vielen hunderten von Seiten bei den dicken Budgetbüchern, anwesend ist, auch Ihnen einen herzlichen Dank, Herr Klemmer, für diese Arbeit (*allgemeiner Applaus*).

Zum letzten Punkt, nachdem eben bei meiner Ressortzuständigkeit klarerweise am Budgettag die Finanzdirektion im Vordergrund steht, soll aber nicht verschwiegen werden, dass ich gerne auch die Verantwortlichen für die anderen Abteilungen, für die ich zuständig bin, zumindest nenne, die Abteilungen sind heute sicherlich zu kurz gekommen, weil ich jetzt das eben nicht mehr so im Detail ausführe, aber ich möchte sie jedenfalls gerne nennen. Die Finanzdirektion wurde genannt, ich möchte mich ebenfalls bedanken beim Manfred Mohap, der für die Gemeindeabgabenabteilung verantwortlich ist, beim Ernst Pucher für das Rechnungsamt, das eine ganz, ganz wichtige Funktion auch für die Budgetstabilisierung hat, weil er aber jede Ausgabe zwei- und dreimal umdreht, bevor er sie tatsächlich freigibt und wenn was nicht in Ordnung ist, nachfragt, vielleicht manchmal auch ein bisschen lästig ist, aber das ist sehr, sehr wichtig für die konkrete Ausgabentätigkeit. Ich möchte gerne erwähnen den Erich Kalcher, Leiter des Personalamtes, der vor allem im Stadtsenat sehr viel Stücke hat, ja nicht zu vergessen die Frau Katharina Peer für die Immobilienabteilung, werden auch heute noch im Stadtsenat schon wieder ein paar Stücke auf der Tagesordnung haben. Ich darf erwähnen die Abteilungsleiterin der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung, Andrea Keiml, und zuletzt den Leiter des BürgerInnenbeteiligungsbüros, den Herrn Timo Köhler, der im Bereich der Baudirektion angesiedelt ist (*Allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mir liegen leider nur fünf Abänderungsanträge vor. Der erste Abänderungsantrag wurde eingebracht vom Herrn Dr. Wohlfahrt. Er betrifft das Jahr 2013, im selben Wortlaut gibt es dann einen zweiten für das Rechnungsjahr 2014. Es geht hier um die Reduktion im Voranschlag der Subventionen auf einen Gesamtbetrag von 1.509.700 Euro und die dadurch eingesparte Summe von 798.600 Euro soll für den Ausbau der SozialCard zweckgewidmet werden.

Die Abänderungsanträge von GR. Dr. Wohlfahrt wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Abänderungsantrag Nr. 2, ebenfalls wieder für beide Jahre. Diesen Abänderungsantrag hat der Kollege Rüschi gerade noch einmal beschrieben. Es geht um die Stimmrechtsermächtigung für die Generalversammlung beziehungsweise Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2014.

Der Abänderungsantrag von GR. Dr. Wohlfahrt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt komme ich noch zum Abänderungsantrag, der eingebracht wurde von Herrn Gemeinderat Philipp Pacanda. Auch da geht es um die Subvention. Der frei werdende Betrag von 798.592 beziehungsweise 1.597.185 für beide Jahre soll zweckgebunden für dringend notwendige zusätzliche Hochwasserschutzmaßnahmen verwendet werden.

Der Abänderungsantrag von GR. Pacanda wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich den Herrn Stadtrat Rüschi bitten, dass wir alle Referenten durchgehen mit allen Vorschlagssummen, zuerst bitte den ordentlichen Haushalt von meinem Ressort.

2013

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Für das Jahr 2013: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung beim Herrn Bürgermeister in der Höhe von 3.385.300, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung 67.912.600. Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung von 254.200 und Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung von 20.407.100. Das gibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 64.527.300 und einen Zuschuss in der außerordentlichen Gebarung von 20.152.900.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung von 147.250.600, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung von 236.208.400. Einnahmen in der

außerordentlichen Gebarung null, Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung 249.000. Das ergibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 88.957.800, ein Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung von 249.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung von 639.438.900, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung in Höhe von 318.822.000. Einnahmen in der AOG von 206.833.400, Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung von 146.945.600. Das ergibt einen Überschuss in der ordentlichen Gebarung von 320.616.900, einen Überschuss in der außerordentlichen Gebarung von 59.887.800.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung 26.011.700, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung 97.109.600. Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung von zwei Millionen, Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung von 7.322.600. Das ergibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen

Gebarung von 71.097.900, ein Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung von 5.322.600.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung in Höhe von 33.257.900, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung 57.919.400. Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung 200.000, Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung 28.820.200. Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung 24.661.500 und ein Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung von 28.620.200.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadträtin Lisa Rücker

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen ordentliche Gebarung 2.583.800, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung 62.051.200. Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung 149.000, Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung 529.400. Das macht einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 59.467.400, Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung von 380.400.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadträtin Elke Kahr

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung 16.372.400, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung von 24.911.400. Einnahmen außerordentliche Gebarung null, Ausgaben außerordentliche Gebarung 5.162.700. Das ergibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 8.539.000 und einen Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung in Höhe von 5.162.700.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Ohne politischen Referenten

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen in der ordentlichen Gebarung von 25.868.100, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung 29.234.100. Die außerordentliche Gebarung ist mit Null dotiert. Der Zuschussbedarf für die ordentliche Gebarung beträgt 3.366.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Gesamtzahlen

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen der ordentlichen Gebarung von 894.168.700 Euro, Ausgaben in der ordentlichen Gebarung von 894.168.700. Das heißt Zuschussbedarf ist null, ist ausgeglichen klarerweise. Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung von 209.436.600 und die Ausgaben in der außerordentlichen Gebarung sind gleich hoch, nämlich 209.436.600. Zuschussbedarf ist ebenfalls null, ist ausgeglichen.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist das Budget des Jahres 2013 beschlossen. Jetzt kommen wir zum Jahr 2014. Vorher möchte ich aber noch anmerken, dass der Herr Gemeinderat Philipp Pacanda selbstverständlich auch zwei Abänderungsanträge abgegeben hat, auch jeweils für die beiden Jahre, ich habe eh gesagt, die Gesamtsumme sollte zugeführt werden.

2014

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einnahmen aus der ordentlichen Gebarung von 3.996.000, Ausgaben 68.411.400. Wir kommen zur außerordentlichen Gebarung, Einnahmen

753.400, Ausgaben 20.833.100. Das ergibt einen Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung in Höhe von 20.079.700.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung: Einnahmen 151.242.700, Ausgaben 241.102.400. Das ergibt einen Zuschussbedarf von 89.859.700. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen null, Ausgaben 295.000, ergibt auch einen Zuschussbedarf von 295.000.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Rüsch

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung Einnahmen 643.810.200, Ausgaben 326.541.800, das ergibt einen Überschuss in der ordentlichen Gebarung von 317.268.400. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen 83.477.800, Ausgaben 33.432.100, ergibt einen Überschuss in der außerordentlichen Gebarung von 50.045.700.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung: Einnahmen in Höhe von 25.969.500, Ausgaben von 97.608.900, ergibt einen Zuschussbedarf von 71.639.400. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen 2.067.500, Ausgaben 6.162.900, der Zuschussbedarf beträgt 4.095.400.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung 33.353.100 Einnahmen, die Ausgaben liegen bei 55.183.600, das ergibt einen Zuschussbedarf von 21.830.500. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen 836.700, Ausgaben 23.240.000, ergibt einen Zuschussbedarf von 22.403.300.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadträtin Lisa Rücker

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung: Einnahmen 1.435.300, Ausgaben 58.806.700, das ergibt einen Zuschussbedarf in der ordentlichen Gebarung von 57.371.400. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen 68.700, Ausgaben 241.000, das ergibt einen Zuschussbedarf von 172.300.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadträtin Elke Kahr

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung: Einnahmen 15.704.300, Ausgaben 24.427.800, Zuschussbedarf 8.723.500. Außerordentliche Gebarung: Einnahmen null, Ausgaben drei Millionen, daher auch Zuschussbedarf in Höhe von drei Millionen.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Ohne politischen Referenten

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ohne politischen Referenten, das ist die KFA, Stadtrechnungshof und andere. Ordentliche Gebarung: Einnahmen 26.097.400, Ausgaben 29.525.900, das ergibt einen Zuschussbedarf von 3.428.500. Einnahmen

und Ausgaben damit auch Zuschussbedarf in der außerordentlichen Gebarung sind null.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Gesamtzahlen

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ordentliche Gebarung. Einnahmen gleich hoch selbstverständlich wie die Ausgaben, nämlich in Höhe von 901.608.500 und bei der außerordentlichen Gebarung selbst verständlich wiederum Einnahmen gleich hoch wie Ausgaben in Höhe von 87.204.100.

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist auch das Budget des Jahres 2014 beschlossen. Ich gratuliere dem Finanzreferenten (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).